



Bekanntmachung.

Dampfschiffahrt zwischen Stettin, Stadt und Stockholm.

Zwischen Stettin und Stockholm besteht eine regelmäßige, wöchentlich einmalige Dampfschiff-Verbindung, welche auf der Strecke zwischen Stettin und Stadt durch Regierungs-Dampfböte, und auf der Strecke zwischen Stadt und Stockholm durch die zwischen Travemünde und Stockholm fahrenden Privat-Dampfböte unterhalten wird.

Diese Verbindung findet folgendermaßen statt: Abgang aus Stettin: Donnerstag Mittags, durch Stadt: Freitag Vormittags. Ankunft in Stockholm: Sonntag Morgens; zurück: Abgang aus Stockholm: Donnerstag Mittags, durch Stadt: Sonnabend Vormittags. Ankunft in Stettin: Sonntag Morgens.

Das Passagegeld für die ganze Reise von Stettin nach Stockholm beträgt:

für eine Person auf dem 1. Plaz 27 1/4 Rtl. Pr. Cour
" " " " 2. " 20 1/8 Rtl. " "
" " " " 3. " 10 1/2 Rtl. " "

Die nach Stockholm bestimmten Sendungen können unfrankirt oder bis Stadt frankirt abgefertigt werden. Alle übrigen Sendungen nach Schweden unterliegen dem Frankirungszwange bis Stadt.

Breslau, den 11. Juni 1846.

General-Post-Amt.

Uebersicht der Nachrichten.

Berliner Briefe (Tagesneuigkeiten, die Bank, die Rechtsreformen, die preuß. Universitäten). Aus Köln, Trier, Aachen, Münster (die Schulconflicts-Angelegenheit) und Posen. — Aus Dresden, Leipzig, Gotha, Nürnberg, Hannover, Hamburg, Schleswig-Holstein (der Königl. offene Brief, Adresse), Altona (Petition) und Kiel. — Von der galizischen Grenze. — Aus Rußland. — Aus Paris. — Aus London. — Aus Kopenhagen. — Aus Rom. — Letzte Nachrichten.

Inland.

○ Berlin, Ende Juli. — Durch die erfolgte Besetzung mehrerer hoher Staatsämter ist die Lust unserer Tagespolitiker, auch über die Veränderung in andern Posten Combinationen anzustellen, nicht wenig belebt worden. Am meisten beschäftigt sich das Tagesgespräch mit der eventuellen Besetzung des Finanzministeriums, indem gerade die Verwaltung desselben unter den gegenwärtigen Umständen unstreitig die schwierigste ist und man den Rücktritt des Herrn Flottwell als ausgemachte Thatsache annimmt. Wenn man noch vor einigen Tagen als seinen designirten Nachfolger den gegenwärtigen Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, Herrn Eichmann, betrachtete, so macht sich jetzt daneben die Meinung geltend, daß der Graf Arnim, früherer Minister des Innern, wohl zu diesem Posten ernannt werden dürfte. Mit Rücksicht auf seine ausgezeichnete Verwaltung, die Finanzverwaltung unseres Staats zu leiten, wie auch der General-Steuer-Director, Herr Kühne, von der öffentlichen Meinung als Candidat aufgestellt. Weniger zuversichtlich als in Betreff des Finanzministeriums macht sich die Meinung geltend, daß auch der obersten Leitung des Justizministeriums eine Aenderung bevorstehe, indem Herr Uhden zum Cabinetsminister ernannt werden und an seine Stelle Herr Göke, der gegenwärtig Vice-Präsident des geh.

Ober-Tribunals hier selbst ist, treten würde. Man könnte sich die Mittheilung solcher Gerüchte ersparen und die offizielle Veröffentlichung etwaiger Personal-Veränderungen abwarten, wenn nicht gerade in ihnen ein wesentlicher Beitrag zur Charakteristik unserer öffentlichen Zustände enthalten wäre: der Ausdruck von Wünschen und Hoffnungen, Aussichten und Befürchtungen, mit welchen sich das Tagesgespräch und die öffentliche Meinung herumträgt. — Wenn es heißt, daß der Kammergerichts-Präsident v. Kleist wegen seiner Abneigung gegen ein öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren seinen Abschied gefordert habe, so ist dies, falls die Nachricht sich bestätigen sollte, wohl nur ein sogenannter ostentibler Grund, der andere Motive verdecken möchte. Wir hegen die Ansicht, daß, sollte eine Umwandlung in der Leitung des Justizministeriums, wie sie vorhin angedeutet wurde, wirklich eintreten, dies wohl noch manche andere Dienständerungen nach sich ziehen würde.

† Berlin, Ende Juli. — Die Cabinets-Ordre in Betreff der Weigerung zweier Mitglieder von der Hauptverwaltung der Staatsschulden, die Ausgabe der neuen Banknoten controliren zu wollen; weil dies gegen ihren durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 gebotenen Eid verstöße, überführt einmal recht relatable gewisse Organe der sogenannten guten Presse der Unwahrheit, welche mit gewohnter Stille früher, als die nunmehr durch Königl. Autorität bestätigte Nachricht zur Öffentlichkeit kam, über die lässigen und böswilligen Correspondenten, welche absichtlich entstellte und falsche Nachrichten ins Publikum brachten, ihre Deklamationen aufhoben. Die beiden Herren von der Hauptverwaltung der Staatsschulden, welche die Controlle der neuen Bankcheine zu übernehmen sich weigerten, sind zwar in der betreffenden Cabinets-Ordre nicht genannt, aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es die beiden in früheren Nachrichten bezeichneten Herren Knoblauch und Ratan sind, deren Charakterfestigkeit hier allgemein bekannt ist. Wenn man nach dem Eindruck, welchen die bekannt gemachten Modalitäten über die Betheiligung von Privaten an der neuen Bankoperation und die Ausführung der Cabinetsordere vom 11. April d. J. überhaupt auf unsere Börsen- und Finanzmänner geäußert haben, ein Urtheil hinsichtlich ihrer beabsichtigten Wirkung sich erlauben darf, so muß man gestehen, daß wenigstens die Absicht, „die Bank dadurch zu einer dem zunehmenden Handels- und Gewerbeverkehr angemessenen Ausdehnung ihrer bisherigen Wirksamkeit in den Stand zu setzen“, nicht erreicht werden dürfte. Vor allen Dingen vermischen unsere Geschäftsleute in den vorliegenden Bekanntmachungen eine Veröffentlichung der Geldsummen, mit welchen die Bank bisher als mit ihrem Eigenthum operirte; sie schlagen dasselbe noch unter 1 Mill. Thlr. an; sodann vermischen sie eine Darlegung der bisherigen Geschäfts-Rentabilität der Bank, was doch nothwendig sei, um beurtheilen zu können, ob man sich an diesem Geschäft betheiligen solle. Der Umstand, daß den Privaten nach einer Reihe von Jahren die Theilnahme an dem Geschäft ohne Weiteres gekündigt werden kann, ist gerade auch nicht lockend, um die Betheiligung zu fördern, die Circulationssumme, welche durch die beabsichtigte Operation gewonnen wird, beläuft sich auf 10 Mill. Thlr., welche unter den schwebenden Verhältnissen als geringfügig und unzureichend erklärt werden. Dies sind etwa die Ansichten, welche von verschiedener Seite gegen den publicirten Bankplan geltend gemacht werden. — Ohne Rücksicht auf den veröffentlichten Bankplan, wohl aber mit Bezug auf die Cabinetsordere vom 11. April d. J. ist eine als unmaßgebliches Votum eines Finanzmannes bezeichnete Broschüre über „die neuen Bankordnungen in Preußen“ gleichzeitig hier angekommen; sie ist in Hamburg gedruckt und mit großer Entschiedenheit geschrieben. Der Verfasser geht von der Ansicht aus, daß es mit den Versuchen, den Geldverkehr Preußens mit der fortgeschrittenen Industrie ins Gleichgewicht zu setzen, deshalb nicht gelingen wolle, weil man dabei immer auf Hindernisse treffe, welche von einer nöthigen reichständischen Garantie herrührten. Der Verf. hat seine Schrift den preuß. Provinzialständen zugeeignet, als „denjenigen Staats-

körperschaft, welche zur Einsprache so berechtigt als verpflichtet ist.“

** Berlin, 27. Juli. — Ein Schritt vorwärts scheint mit dem Gesetz über das neue Gerichtsverfahren auf dem Wege unserer Rechtsreformen gemacht zu sein; es ist darin das Princip der Mündlichkeit anerkannt, das Institut der Staatsanwaltschaft aufgenommen, um die Stellung des Richters von seiner bisherigen Function des Anklägers zu befreien, endlich ist auch der Anfang zu einer Art von Öffentlichkeit gemacht, indem wenigstens sonstige Justizpersonen zu den mündlichen Verhandlungen als Zuhörer zugelassen werden, gewiß in der Absicht, damit sie das neue Verfahren durch Anschauung näher kennen und sich darin besser zurechtfinden lernen. Daß späterhin, nachdem das richterliche Personal diesen Bildungsweg durchgemacht hat, auch eine Erweiterung der Öffentlichkeit eintreten wird, möchten wir als unvermeidliche Consequenz jetzt schon betrachten. Es wird jetzt darauf ankommen, welches Urtheil über das neue Gerichtsverfahren sich die öffentliche Meinung bildet; zu diesem Zwecke wird es freilich nothwendig sein, daß man die Ergebnisse desselben abwartet, daß man die Erfahrung darüber sprechen läßt. Da aber kein Gegenstand des öffentlichen Interesses in Deutschland seit Jahren so vielfältig besprochen und erörtert sein dürfte, wie gerade dieser, so muß man wenigstens annehmen, daß die öffentliche Meinung den Maßstab besitzt, an welchem sie jenes neue Gerichtsverfahren messen wird. Und von dieser Voraussetzung aus glauben wir annehmen zu dürfen, daß auch, bevor noch jenes Verfahren an seinen Früchten erkannt wird, sochverständige Stimmen dasselbe einer unparteiischen Kritik unterwerfen werden; denn es giebt stand von größerer Wichtigkeit als den vorliegenden, weil mit ihm das Rechtsbewußtsein des Volkes im innigsten Zusammenhange steht, und dieses Rechtsbewußtsein neben der Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Fragen über sein Wohl und Wehe die Grundlage für das Gedeihen aller übrigen Verhältnisse bildet. Je weniger das Recht durch das Prozeßverfahren gesichert ist, und je geringer die Kraft dieses Verfahrens ist, um im Volksleben das Rechtsbewußtsein lebendig und kräftig zu erhalten, um so mehr neigt sich das Staats- und Gemeinwesen der Verwirrung und Auflösung zu. Man möchte fast behaupten, daß schlechte Gesetze, die gut verwaltet und angewendet werden, besser seien als gute, bei denen das Gegentheil stattfindet; denn Nichts verwirrt die sittlichen und rechtlichen Zustände eines Volkes mehr, als die selbst nur vorausgesetzte oder möglich geglaubte Willkür und Leidenschaft derjenigen, welche nichts weiter als Organe und Vermittler unwandelter Gesetze sein sollen. Daß unsere Richter der letzteren Stellung durch die neue Prozeß-Ordnung näher gerückt worden sind, indem sie ihre bisherige Function als Ankläger, in welcher sie dem Angeklagten wenigstens häufig erschienen, an den Staatsanwalt abtreten, muß als ein Fortschritt zum Bessern bezeichnet werden. Gleichzeitig ist aber die Stellung der Richter auch dadurch verändert, daß sie jetzt als eine Art Richter-Jury entscheiden. Wir wollen uns hier nicht auf eine Untersuchung einlassen, in wie fern sie dies auch schon früher waren; dieser Gegenstand ist oft und gründlich erörtert worden; ohnedies wird es nicht an sachkundigen Beurtheilungen gerade dieses Punktes auch fererhin fehlen; denn von der größten Wichtigkeit ist er unstreitig, zumal wenn man sich des Gesetzes vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte erinnert. Schon bei der Kritik dieses Gesetzes wurde mannigfach daran erinnert, in welche Stellung die Angeklagten kommen würden, wenn sie von einer Beamten-Jury verurtheilt werden könnten. Daß von dieser Seite das neue Prozeßverfahren Angriffen bloßgestellt ist, bedarf keines Beweises.

(Spen. Z.) Die Frage wegen Einführung der Mündlichkeit ist nun durch das Gesetz, welches die Geseßsammlung bekannt gemacht hat, so weit entschieden, daß ein mündliches Verfahren für Berlin eintritt. Die baulichen Einrichtungen und andere machten eine partielle Einführung nöthig, denn wegen der Vorfüh-

rungen der Gefangenen müssen z. B. die Gefängnißhäuser mit den Gerichtshäusern verbunden sein, und es werden die andern Städte nach Maßgabe der bewirkten Einrichtung nachfolgen, das Land aber, sobald wegen der Patrimonialgerichte eine organische, wohl mit den nächsten Ständen zu beratende Einrichtung getroffen sein wird. Auch dem Prinzip der Deffentlichkeit wird in dem Maße der Fortentwicklung der ganzen Organisation sein Recht mehr und mehr eingeräumt werden, und ist darüber schon in umfassenden Berathungen verhandelt worden.

(Rh. B.) Nach den Personal-Verzeichnissen sämtlicher preuß. Universitäten, so wie der theologisch-philosophischen Akademie zu Münster, zählen dieselben in dem laufenden Semester zusammen 4393 immatrikulierte Studenten, von welchen 3516 dem Inlande und 877 dem Auslande angehören. Nach den Fakultäts-Wissenschaften und Universitäten vertheilt studiren evangelische Theologie: 925 (697 Inländer, 228 Ausländer); katholische Theologie: 495 (460 Inländer, 35 Ausländer); Jurisprudenz: 1153 (990 Inländer, 163 Ausländer); Medizin: 736 (617 Inländer, 119 Ausländer); Philosophie: 1058 (852 Inländer, 206 Ausländer). Ohne Rücksicht auf die einzelnen Fakultäten studiren zu: Bonn 667, Münster 241, Halle 777, Berlin 1430, Breslau 749, Königsberg 317, Greifswald 212. Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studirenden beträgt 213 weniger als im vorigen Semester, an welcher Verminderung alle Universitäten, mit Ausnahme von Halle, participiren. Zu diesen immatrikulierten Studirenden kommen noch die blos zum Hören der Vorlesungen berechtigten Chirurgen, Pharmaceuten, Bau- und Berg-Leuten u. h. n. z., deren in Bonn 31, in Halle 26, in Berlin 467, in Breslau 64, in Königsberg 10, in Greifswald 31, in Summa 629 sind. Die Lehrkräfte aus sämtlichen obgenannten Universitäten bestehen aus 255 ordentlichen Professoren (Bonn 44, Münster 11, Halle 36, Berlin 67, Breslau 41, Königsberg 32, Greifswald 24). 113 außerordentliche Professoren (Bonn 17, Münster 1, Halle 13, Berlin 50, Breslau 17, Königsberg 3, Greifswald 10). 120 Privatdozenten (Bonn 18, Münster 5, Halle 17, Berlin 51, Breslau 14, Königsberg 14, Greifswald 1). Hierbei fehlt nur die Statistik des Hofiums zu Braunschweig, das ähnlich wie die Akademie zu Münster aus einer katholisch-theologischen und einer philosophischen Fakultät besteht.

Köln, 24. Juli. (Barm. Z.) Der Ministerialrath Dr. Brüggemann, welcher in Angelegenheiten der neuen Verfassung am 20ten in, hat gestern eine lange Konferenz mit verschiedenen Männern gehabt, deren Bestimmungen als streng katholisch bekannt sind. Wenn man auch noch nichts über den eigentlichen Endzweck dieser Konferenz, so wird doch im Allgemeinen versichert, daß mehrere Männer, denen man vorgeschlagen, sich als Mitarbeiter an dem neuen Blatte zu betheiligen, dies geradezu abgelehnt hätten.

Erier, 23. Juli. (Dr. Z.) In der heutigen Nummer dieses Blattes (s. Schles. Z. Nr. 174) findet sich die Angabe, daß auch in Preußen den höheren Offizieren die Befugniß zustehen, den Soldaten mit Stockschlägen bestrafen zu lassen. Nach den früheren Disziplinarbestimmungen hat dies allerdings seine Richtigkeit; die neueren Kriegsartikel erlauben jedoch den höheren Offizieren nur diejenigen ihrer Untergebenen mit Stockschlägen bestrafen zu lassen, welche sich in der zweiten Klasse des Soldatenstandes befinden und bereits durch Stand- oder Kriegsgericht zu einer körperlichen Züchtigung verurtheilt gewesen waren, und dies konnte nur bei Diebstahl unter erschwerenden Umständen und Plünderung stattfinden.

Aachen, 25. Juli. (Nach. Z.) Die dänische Regierung hat die Advokaten-Versammlung in Kiel verboten. Daß Dänemark dies thut, leuchtet ein. Es hat Angst, das Deutschthum möge dabei an Aufschwung gewinnen, es werde sich Gelegenheit geben, von dieser Seite an deutsche Hilfe zu appelliren, von jener, diese Hilfe zu versichern. Aber Dänemark verrechnet sich, wenn es glaubt, die Sympathien könnten dadurch etwa geschwächt werden. Deutschland hat sein Auge auf seine Herzogthümer gerichtet und wird es nicht schließen, wird nicht schweigen, nicht ruhen, bis ihm sein Recht geworden. Die Herzogthümer haben seit Jahren Männer zu allen Festen nach Deutschland geschickt, die dort das Wort genommen, ihre deutsche Gesinnung bekundet und ihre Zuversicht auf deutsche Hilfe ausgesprochen haben. Die Nation hat überall, die Stände haben überall, in Hannover so gut wie in Baden, zugestimmt und Deutschland wird seine Brüder nicht fahren lassen, mag Dänemark sich auch nach Bundesgenossen rechts und links umgesehen haben. Deutschland braucht nur die Hand auszustrecken, und Dänemark wird sich auf das Gebiet zurückziehen müssen, was ihm allein gebührt. Rußland oder Frankreich werden deshalb nicht marschiren lassen, und thäten sie es, auch dann dürfte Deutschland kein Haar von seinem Rechte opfern. Erst den Sunböll, dann die Herzogthümer — die Annahme ist etwas zu stark.

Münster, 23. Juli. (Barm. Z.) So eben geht hier die Finalentscheidung Sr. Majestät des Königs in

der so höchst bedauerlichen Schulconflictsache zwischen der hiesigen Regierung und dem Bischofe von Droste-Bischering ein. Darnach soll für die Folge die Regierung vor Ernennung eines Lehrers den Bischof um seine Zustimmung befragen und darauf die Ernennung vollziehen, der Bischof ertheilt dann zugleich dem Lehrer die kanonische Mission, worauf die Einführung in dem Lehramte erfolgte. Der Bischof hat sich dabei nur vorbehalten, daß die bis dahin von ihm angestellten Lehrer und Lehrerinnen an ihrer Amtswirksamkeit nicht ferner behindert, und diejenigen Schulamtskandidaten, welche ihres Gewissens halber Anstand genommen hatten, ohne Zustimmung des Bischofs ein Schulamt zu übernehmen, dieserhalb künftig anderen Bewerbern um Schulstellen nicht nachgesetzt werden sollen.

Posen, 29. Juli. (Pos. Z.) Die fühlbarste Rückwirkung der politischen Erschütterungen auf ihre ökonomischen Verhältnisse empfinden die Einwohner der hiesigen Stadt. Es giebt hier jetzt nur wenige wohlhabende Bürger. Der Posener Bürger lebt im Allgemeinen von den Einnahmen, welche ihm die Bedürfnisse der hier wohnenden Beamten und namentlich des polnischen Adels zuwenden; der letztere zeigt sich jedoch in Folge der neuen Ereignisse nur bei den nöthigsten Geschäften in Posen, bringt die übrige Zeit auf seinen Landsitzen zu und beschränkt seine Ausgaben. Während die meisten Gutsbesitzer früherhin vom Wollmarkte ab bis nach Beendigung der Pferdetennen und der Johannisversur hier blieben, viel Geld verausgabten und dadurch den Gewerbetreibenden, den Gastwirthen und Hausbesitzern nicht unbedeutende Vortheile zuwendeten, haben die meisten derselben in diesem Jahre nur die nothwendigsten Einkäufe bewirkt und sind dann abgereist, ohne die sonst stattfindenden größeren Bestellungen zu hinterlassen. Hierdurch ist die arbeitende Klasse in große Verlegenheit versetzt: denn viele Verbindlichkeiten wurden früher gewöhnlich mit Hilfe des Erlöses zur Zeit des Wollmarktes und der Johannisversur erfüllt, was gegenwärtig nicht geschehen kann. Die begonnenen Häuserbauten bleiben liegen, da viele Wohnungen leer stehen und die Gesellen der Bauhandwerker gehen aus Mangel an Arbeit müßig umher. Die Ursache der in der letzten Zeit vorgekommenen zahlreichen und zum großen Theil angelegten Feuersbrünste im Pos. Reg.-Bezirk wird von einzelnen Unterbeamten, anscheinend nicht ohne Grund, der Nahrungslosigkeit der arbeitenden Klassen zugeschrieben.

Deutschland.

Dresden, 19. Juli. (Nach. Z.) Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge würden wir nächsten der Einkauf eines außerordentlichen Vortrags anzu sehen haben; der dringende Umstand hierzu sind die Geldverlegenheiten wegen des Baues der Sächsisch-Bairischen Eisenbahn. Nicht genug, daß das Wenige, was davon vollendet ist, bereits ungeheure Summen und weit mehr als der Voranschlag besagte, verschlungen hat, nicht genug, daß man noch nicht im Klaren über die einzuschlagende Richtung der Bahn ist, so zeigt jetzt die riesige Ueberbrückung des Gölgsthalles bei Reichenbach, die aller Berechnung nach die Voranschläge weit übersteigen wird, den Actionairen eine trübe Aussicht in die Ferne. Die neuen Einzählungen sind dürftig ausgefallen und nun wird der Staat die Bahn auf eigene Rechnung zu bauen haben. Hierzu ist aber Geld und Einberufung der Stände unumgänglich erforderlich. — In Folge des Dresdener zu Ehren Todts und seiner Freunde gegebenen Festes ist, wie man bestimmt versichert, mehren Staatsdienern, die daran Theil genommen hatten, eine ernste Mißbilligung zu erkennen gegeben worden, daß sie nicht Takt genug besaßen, sich an Demonstrationen gegen den Staat nicht zu betheiligen. — Vor ein paar Tagen wurden hier nicht weniger als 29 Bewohner des Dorfes Mittel-Oderwitz bei Zittau durchgeföhrt ins Zucht- oder Arbeitshaus, die während des Prozesses zweier Gutsbesitzer den streitigen Gegenstand, einen Wald, durch Abschlagen gänzlich beseitigt haben.

Dresden, 21. Juli. (A. Z.) Die gegen Tyffowski geführte Untersuchung, der ein österreich. Commissair von Anfang bis zu Ende beizuwohnt, soll dieser Tage beendet worden sein. Der österr. Commissair hat dem Vernehmen nach die Untersuchungsacten an seine Regierung eingesandt. Später dürften dieselben auch Rußland und Preußen mitgetheilt werden.

Leipzig, 27. Juli. — Die Deutsche Allg. Zeit. bekämpft ein angebliches Gerücht, nach welchem der König der Franzosen den Plan hätte, die Nachfolge seiner Familie durch eine neue pragmatische Sanction zu sichern.

Gotha, 25. Juli. — Vorgestern berührten der König und die Königin von Preußen auf der Durchreise nach Regensburg unsere Stadt. J. J. M. M. hatten sich bei der vermittelnden Frau Herzogin von Sachsen-Gotha und Altenburg zu einem Besuche anmelden lassen und die Herzogin darauf J. J. M. M. durch einen denselben entgegengegangenen Kammerherrn zu einem Frühstück eingeladen. Die hohen Reisenden folgten der Einladung und traten gegen Mittag in Friedrichsthal, der Sommerresidenz J. J. ab, wo sie etwa eine Stunde verweilten, worauf sie ihre Reise fortsetzten.

Mürnberg, 26. Juli. (M. A.) Der Prinz von Preußen, welcher gestern unsere Stadt passirte, war nicht der (wohl noch in Petersburg weilende) Prinz von Preußen, sondern Prinz Karl mit Gemahlin und Tochter, Prinzessin Marie. J. J. H. H. setzten nach einigen Stunden ihre Reise über Ulm nach Italien fort.

Hannover, 20. Juli. (Nach. Z.) Obgleich im allgemeinen der Langische Antrag für die Selbstständigkeit und deutsche Nationalität von Holstein, Lauenburg und Schleswig schon bekannt geworden ist, so theilen wir denselben doch hier wörtlich mit; „Stände beschließen, gegen die K. Regierung das Vertrauen auszusprechen, daß ihr kräftigstes Bestreben darauf gerichtet sein werde, jeden etwaigen Schritt einer fremden Regierung abzuwenden und unwirksam zu machen, durch welche die Selbstständigkeit und Deutsche Nationalität in den Herzogthümern Lauenburg und Holstein, sowie in dem mit dem letztern unzertrennlich verbundenen Herzogthume Schleswig bedroht werden könnte.“ Der Antrag wurde von vielen Mitgliedern der II. Kammer unterstützt, schriftlich überreicht, und in die Tagesordnung eingetragen. Bei der nahen Vertagung oder Auflösung wird er jedoch wohl nicht mehr zur Berathung gelangen.

Hamburg, 26. Juli. (Bost. Z.) Es ist hier vielfach die Rede davon eine Versammlung für Advokaten in unsern Mauern zu veranstalten, wenn die Supplik zur Abhaltung der Versammlung in Kiel, wie man mit ziemlicher Gewissheit voraussieht, ohne Erfolg sein sollte. Die hiesigen Advokaten werden ihr Möglichstes thun, die fremden Collegen aufs Feinste aufzunehmen; von Seiten der Behörden steht kein Hinderniß zu erwarten. — Die Fallimente der neuesten Zeit, von denen einer des Kaufmanns Hink mit 3 Millionen, und des Begründers der Weinballe Hocker mit 1/2 Million, zeigen z. B. die Mangelhaftigkeit der Fallimentsgesetze; mehr aber noch die vielen kleinen Fallimente von Händlern und Handwerkern, die oft nur einige hundert Mark betragen, und auf die materiellen Zustände unserer Mittellasse einen dunkeln Schatten werfen. Man kann mit größter Gewissheit annehmen, daß die Bedürfnisse gerade der Mittellasse sich in letzter Zeit besonders sehr gesteigert haben, dagegen steigen die Nahrungsmittel durch den immer mehr zunehmenden Export nach England immer mehr, so daß sich die Polizeibehörde zur Erlassung einer Fleischtaxe schon veranlaßt sah.

Hamburg. (H. N. Z.) Am Sonnabend fand in dem benachbarten Flecken Wandsebeck, der schon im Jahre 1844 eine treffliche, hauptsächlich die Nothwendigkeit einer Repräsentativverfassung für Schleswig-Holstein erörternde Protestation gegen den Uffingschen Antrag an die Stände abgesandt hatte, eine Volksversammlung statt. Obwohl diejenigen Stimmen, die sich für eine directe Annahme der Neumünster'schen Petition aussprachen, nicht durchbringen konnten, wurde doch eine durchaus kräftige, vom Advokaten Dhrt verfaßte, Petition an die holl. Stände beliebt, an deren Schlusse noch obendrein die Zustimmung zur Neumünster'schen Adresse erklärt wurde. Es unterzeichneten sofort 120—30 der Anwesenden. Fernere Unterschriften werden von Haus zu Haus gesammelt. Am Sonntage sollte die Petition nach Tzeboe abgehen. (Dem Kieler „Corr.“ Bl. zufolge lief auch von Heide eine Petition in Tzeboe ein.)

Schleswig-Holstein, 19. Juli. (A. Z.) Hier beschäftigt man sich eifrig mit der Frage, was denn eigentlich der offene Brief sei und bewirke? Entschieden ist derselbe kein Gesetz, und hat daher auch keine Gesetzeskraft, kann mithin auch das bestehende Recht nicht im geringsten modificiren. Er ist ferner keine authentische Interpretation, denn er interpretirt nichts und erklärt sich selber nicht als solche. Er ist in der That nur der Ausdruck einer Ueberzeugung von dem Inhalt gewisser Actenstücke, über die bisher alle Erörterungen zu einem entgegengesetzten Resultat geführt haben, und über einzelne Theile des Holsteins ist nicht einmal eine Ueberzeugung von dem Berechtigsein irgend einer Succession ausgesprochen, sondern nur die Hoffnung, daß eingeleitete Verhandlungen künftig einmal zur Anerkennung der Integrität des dänischen Gesamtstaats führen werden. Es ist endlich die Selbstständigkeit der Herzogthümer anerkannt, ohne daß die Modalitäten dieser Selbstständigkeit angegeben wurden. Das Staatsrecht und die Gerichte werden sich daher in die Unmöglichkeit versetzt sehen zu sagen, was eigentlich jener „offene Brief“ bedeutet und ist. Daher dürfen Sie sich nicht wundern, daß dieser Brief, obwohl er die Verwirklichung der dänischen Journalisten-Hoffnung des „Dänemark bis zur Eider“ ist, dennoch keineswegs dem Fädeland und dessen Anhängern genügt. Diese Leute gehören nur halb der historischen Schule. Sie wollen auf einmal die Thatsache und alle ihre Konsequenzen. Sie mögen nur erwarten; ist die erste nur erst recht vorhanden, werden die letztern nicht fehlen. Wie sehr übrigens die Angelegenheit des offenen Briefs ein Geheimniß war, sieht man daraus, daß der Großherzog von Oldenburg, Vertreter des letzten successionsberechtigten agnatischen Linie, erst in Hamburg von demselben erfuhr. Was das so eng betheiligte Rußland thun wird, gehört vorerst auf das Feld der Vermuthungen. Gewiß ist, daß auf der einen Seite Rußland seine Ansprüche nicht aufgeben, und daß auf der andern

jedes Einschreiten desselben der ganzen Angelegenheit eine neue Gestalt geben wird.

Aus Holstein. (B. H.) Den neuesten Berichten aus Isehoe zufolge, haben die Stände am 24ten den Landtags-Commissär eine Adresse an den König gegen den „offenen Brief“ überreicht. Der Landtags-Commissär machte darauf am 25ten die Anzeige, daß er die Adresse nicht annehmen könne und gab sie zurück. Die Stände wollten am 27ten darüber in Berathung treten. — Es scheint die Absicht der Stände zu sein, nicht freiwillig auseinander zu gehen, sondern abzuwarten, daß sie aufgelöst werden.

Die neueste Nummer der „Collegial-Zeitung“ enthält den Bericht der zur Untersuchung der Erbfolgeverhältnisse niedergesetzten Commission, so weit er sich auf die Erbfolge im Herzogthum Schleswig bezieht. Auf diesen Bericht ist bekanntlich die Erklärung des offenen Briefes gebaut. — In allen Districten beider Herzogthümer wird die Neumünster'sche Adresse jetzt unterschrieben, und täglich werden neue, gleichlautende Adressen bei den Ständen in Isehoe ankommen. — Der königl. Commissär hat sogleich am Dienstag in Isehoe eine Abschrift von der Neumünster'schen Adresse nehmen lassen und sie dem König nach Kopenhagen geschickt.

Altona, 24. Juli. (H. N. B.) Petition der, durch den hiesigen Bürgerverein berufenen Bürgerversammlung am 22. Juli: „An die hohe Ständeversammlung des Herzogthums Holstein! „Noch sind nicht zwei Jahre verflossen, als die anmaßlichen Anträge und Vorfälle in der Rathsständerversammlung eine Bewegung in den Herzogthümern hervorriefen, welche, ein Zeugniß des Rechtsbewußtseins im Volke und ein Zeichen der Einheit und Selbstständigkeit der deutschen Herzogthümer, in den Blättern unserer Geschichte eine ehrenvolle Stelle sich erworben hat. An der Spitze dieser Bewegung standen die damals versammelten holsteinischen Stände, die mit aller Energie den begründeten Unwillen des Landes zur Kenntniß Sr. Majestät, unsers königlichen Herzogs, brachten und rechtswährend, aber vertrauensvoll, Seinen Schirm und Schutz sich erbaten. Und wiederum schon erachten es die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Altona, durch die neuesten Ereignisse in ihren Erwartungen getäuscht und im Vertrauen auf die unparteiische Gerechtigkeit der Staatsregierung erschüttert, für eine ihnen obliegende ernste und bedeutungsvolle Pflicht, von Neuem sich an ihre gesetzlichen Vertreter zu wenden und von dem neu empfundenen Eindruck öffentlich Kunde zu geben. In dem unterm 8. Juli d. J. von Sr. Majestät und dem königl. dänischen Staatsrath erlassenen „offenen Brief“ wird nicht allein für die Herzogthümer Schleswig und Lauenburg die Staatsuccession nach dem dänischen Königsgesetze behauptet, sondern ebenfalls ausgesprochen, daß die Unklarheit, welche gegenwärtig noch über die Erbfolgeverhältnisse des Herzogthums Holstein herrsche, im Sinne und Interesse der dänischen Gesamtmonarchie einer baldigen Aufklärung sich zu erfreuen haben werde, zugleich aber die Versicherung erteilt, daß die Selbstständigkeit und Verbindung der Herzogthümer, in der Weise, wie sie bisher anerkannt sei, fortbestehen solle. Bei dem Mangel jedes praktischen Inhalts dieser Versicherung bedarf es keiner weiteren Begründung, daß, nach den Ansichten des ganzen Landes und insbesondere der holsteinischen Ständeverammlung jener „offene Brief“ den Rechten der Herzogthümer widerspricht; es genügt vielmehr auf die Darlegungen des Ausschusses vom 14. Dec. 1844 und die demselben analoge Vorstellung der Stände vom 21. Dec. 1844 Bezug zu nehmen. Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß die jetzt versammelten Stände diesen Versuch, die Landesrechte zu verletzen und die deutschen Herzogthümer mit dem dänischen Königreiche zu assimiliren, in der früher offenbarten Gesinnung als solchen erkennen und mit der früher bewiesenen Kraft durch jedes gesetzliche Mittel zurückweisen werden. Die Befürchtungen des Jahres 1844 haben sich als begründet erwiesen, die damalige Rechtsverwahrung der Stände ist jetzt thatsächlich nicht beachtet, die Rechte, die seit langen Jahren dem Bewußtsein des Landes die sicherste Garantie für seine Zukunft waren, sind untergraben, das geschichtliche Verhältniß der Herzogthümer zum Königreich Dänemark, die durch die deutsche Bundes-Acte garantierte Integrität Holsteins wird plötzlich bedroht — was bedarf es mehr um den wankenden Rechtsboden, die Bedingung der Landeswohlthat und die Grundlage jeder ständischen Verfassung zu wissen? Der Ansicht des königl. dänischen Staatsraths trete daher durch die versammelten Stände noch einmal die Ansicht des Landes gegenüber, nach dem Inhalt des „offenen Briefes“ sind die Acten noch nicht geschlossen, ist die Ueberzeugung Sr. Majestät nicht unabänderlich. Sollte aber der königl. Wille die Ent-

gegennahme einer Rechtsverwahrung verweigern, so möge der deutsche Bund Vermittler sein zwischen den Ueberzeugungen des deutschen Fürsten und den Rechten seines Landes.“ Altona, den 22. Juli 1846. (Folgen 189 Unterschriften.)

Kiel, 25. Juli. (C. B.) Dem Vernehmen nach wird die Conferenz, welche zwischen mehreren Gliedern des holsteinischen Gesammthaus des Gerichte nach in diesen Tagen hier gehalten werden sollte, nicht stattfinden.

Oesterreich.

Von der galizischen Grenze, 16. Juli. (Rh. B.) Beim Abzug der preussischen und russischen Truppen aus dem Krakauer Gebiet fand eine förmliche Uebergabe an die Oesterreicher statt. Seitdem erhält sich das Gerücht unter dem Volke, Oesterreich bleibe, im Einverständnis mit den anderen Mächten, im Besitz von Krakau. Allein daran ist nicht zu denken, sondern vor der Hand ist dem Hause Oesterreich das Besatzungsrecht, wie dies in Mainz von Seiten Preußens und Oesterreichs vereint geschieht, zugestanden. — Der bekannte Edelmann Bogusch, der in auswärtigen Journalen so viel von sich zu reden machte, und den der französische Graf Montalembert sogar erschlagen ließ, befindet sich fortwährend in Krakau. — Die Untersuchungen gegen den Bauernanführer Szela dauern fort. Im Uebrigen herrscht überall Ruhe.

Russisches Reich.

St. Petersburg, 22. Juli. — Unsere heutige Zeitung enthält nachstehendes Allerhöchstes Rescript: Unserem lieben und getreuen wohlgeborenen Adel des Gouvernements Esthland! Der Adel Estlands hat uns seine Vorschläge in Betreff der Organisation der Verhältnisse der dasigen Bauern unterlegt. Wir haben diesen, unsern Erwartungen vollkommen entsprechenden Maßregeln, nachdem dieselben in einem von uns eigens dazu verordneten Comité geprüft worden, unsere Genehmigung erteilt, und es gereicht uns zu besonderer Genugthuung, unserm wohlgeborenen estländischen Adel für diesen neuen Beweis seiner edlen, nach Beförderung des Gemeinwohls strebenden Gesinnung, unsere Erkenntlichkeit und unser Kaiserliches Wohlwollen zu erkennen zu geben. Indem wir die zuverlässliche Ueberzeugung hegen, daß der estländische Adel mit gleicher wohlmeinender Gesinnung sich nunmehr wird angelegen sein lassen, die zu dem Zwecke nach erforderlichen allendlichen Maßnahmen zu entwerfen, verbleiben wir ihm mit unserer Kaiserlichen Gnade auf immerdar wohlgevo-

d. 25. Juni 1846.

N i k o l a i.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. — Folgendes sind die Bedingungen, unter denen der auf dem flachen Lande so einflußreiche Clerus die zahlreichen Stimmen, über die er zu verfügen hat, den Candidaten zur gegenwärtigen Deputirtenwahl geben will. Das Univers, Organ der ultramontanen Partei, veröffentlicht sie und erklärt, daß jeder Candidat, welcher politischen Meinung er auch angehören möge, dieselben erst unterzeichnen müsse. Diese schriftliche Verpflichtung lautet: „Ich verbinde mich, 1) die Freiheit des Unterrichts, unter der alleinigen Aufsicht der öffentlichen Behörden, mit Ausschluß der Unversität, und ohne irgend eine präventive Beschränkung zu verlangen; 2) die Reform der Gesetzgebung zu verlangen, die auf die religiöse Freiheit und die Verhältnisse der Kirche zum Staat Bezug hat, um diese mit der Charte und dem Concordat in Einklang zu bringen; und 3) gegen alle Maßregeln zu stimmen, die das Recht der Vereinsbildung und das gemeinschaftliche Leben (Klöster und Ordenshäuser) beschränken können.“ Der erste Artikel dieser Verpflichtung fordert die Lehrfreiheit wie in Belgien; der zweite Artikel verlangt die Abschaffung der organischen Artikel des Concordats; und der dritte will die Wiedereinführung der Mönchsorden und vor Allem der Jesuiten. Das Journal des Débats erklärt, daß die Candidaten der conservativen Partei diese Bedingungen nicht eingehen, sondern sie der Opposition lassen werden, damit diese durch die ultramontanen Stimmen ihre Minorität vergrößern.

Die Republikaner feiern heute den Todestag Armand Carrel's; zahlreiche Deputationen sind zu seinem Grabe gepilgert, um Immortellenkranze und Blumen darauf niederzulegen.

Gestern fanden hier in Pantin, vor der Barriere von Villette, ziemlich ernste Unruhen statt. Die dort zahlreich beschäftigten Steinbrecher verlangten eine Lohnerhöhung; die Gendarmerie mußte endlich einschreiten, und als sie zu schwach war, kam ein Bataillon Linien-Infanterie; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und die Ruhe wieder hergestellt.

In der Geldwelt herrscht wegen der Nordbahn-Katastrophe immer noch solcher Schrecken, daß ein Zweig der Nordbahn (von Jampour nach Hazebrouck) zu erbleichen droht, weil die Actionaire die Capitaleinzahlung verweigern. Die Erdarbeiten sind eingestellt.

Der Telegraph hat gestern Abend die Nachricht von der Ankunft des Marischalls Bugeaud in Sette gebracht, von wo er sich nach Excideuil begibt. Er bleibt nur sehr kurze Zeit in Frankreich und kehrt gleich

nach den Wahlen nach Algier zurück. — Der Patriote de la Meurthe meldet, daß der Vater des Dr. Gasse, eines bei der Deira Abd-el-Kader's zurückgehaltenen Gefangenen, einen Brief von seinem Sohn, datirt vom 28. Juni, erhalten habe. Nach ihm sind der dem Morde entgangenen Gefangenen 11, worunter der Oberst-Lieutenant Courby de Cognard, 4 Lieutenants, 1 Marechal de Logis, 4 Husaren und der Doctor; sie erfreuen sich einer guten Gesundheit, kennen die Niedermechelung ihrer armen Kameraden und erwarten ihre baldige Befreiung.

Der Toulonnais vom 21ten d. meldet, daß der engl. Admiral Parker mit vier Linien Schiffen und einem Dampfer am Cap St. Vincent erschienen sei, und seine Richtung nach Gibraltar genommen habe. Es heiße, der Admiral habe den Befehl erhalten, ehe er sich nach Malta begeben, eine kriegerische Demonstration gegen Marokko zu machen, um Genugthuung für die jüngst vorgekommene Beleidigung der englischen Flagge zu erhalten.

Man hat Berichte aus Hanti vom 18. Juni; die Mißlichkeiten zwischen der Regierung von Hanti und dem französischen Consulat sind durch ein Abkommen, das die Genehmigung des Präsidenten Niche erhalten hat, beseitigt worden. In Folge des getroffenen Arrangements ist der Generalconsul Levasseur, der sich an Bord der Fregatte „Thetis“ zurückgezogen hatte, am 16. Juni auf seinen Posten in Port-au-Prince zurückgekehrt; er wurde als Repräsentant Frankreichs mit großen Ehrenbezeugungen aufgenommen.

Großbritannien.

London 24. Juli. — Lord George Bentinck hat vorgestern dem Unterhause ein Amendement mitgetheilt, welches er dem ministeriellen Antrage entgegenzustellen beabsichtigt und über welches sich die Debatte entspinnen wird. Das Amendement, über welches man sich am 21. in einer Versammlung der Häupter der Protectionisten-Partei, der auch Lord Stanley beizuhörte, geeinigt hat, erklärt die beantragte Gleichstellung des durch Sklavenarbeit gewonnenen Zuckers mit dem durch freie Arbeit gewonnenen für „ungerecht und unpolitisch, insofern sie geeignet ist, die Fortschritte der Production mittelst freier britischer Arbeit zu hemmen und dem Sklavenhandel einen bedeutenden neuen Anreiz zu geben.“ Lord George Bentinck rechnet also darauf, durch eine Coalition der Protectionisten und Pseudo-Philanthropen das Ministerium Russell in gleicher Weise in die Minorität zu versetzen, wie er durch seinen und seiner Anhänger Uebergang zu den Gegnern der irischen Zwangs-Bill den Sturz des Ministerium Peel gefördert hat. — Gestern wurde ohne Abstimmung die Bill wegen Verlängerung der Zuckerzölle zum zweiten Male verlesen (sie war am Tage zuvor eingebracht worden). Im Oberhause verschob gestern Lord Brougham seine Resolutionen in Betreff der angeblich den Sklavenhandel fördernden Tendenz der neuen Zucker-Bill bis zum nächsten Freitag. Von freien Stücken nahm darauf der Marquis von Lansdowne das Wort, um mit Bezug auf die neuliche Anfrage Lord Broughams über die Confiscation der Güter des Fürsten Czartoryski von Seiten der österreichischen Regierung zu erklären, die österreichische Regierung habe zwar der britischen keine Mittheilungen in Betreff der Verfälle in Galizien gemacht, indeß seien ihr von dort her von Zeit zu Zeit zuverlässige Berichte zugegangen und er freue sich anzeigen zu können, daß die letzten auf diesem Wege eingegangenen Meldungen erwarten lassen, es werde sich die österreichische Regierung, insbesondere in Betreff der unfreiwilligen Theilnehmer an den letzten Ereignissen und dergleichen, welche nur im Veracht der Theilnahme stehen, durch die Rigung zur Milde und Menschlichkeit leiten lassen, was ihr selbst denn auch nur zur Ehre gereichen und in jeder Beziehung wünschenswerth sein würde.

In der Unterhause vom 24. hat Lord George Bentinck den Versuch gemacht, die Zuckerfrage in die Länge zu ziehen. Er beantragte nämlich, als die Verweisung der Bill wegen Verlängerung der bestehenden Zuckerzölle an die General-Comité an der Tagesordnung war, daß die Verlängerung nicht, wie beabsichtigt, auf nur einen Monat, sondern bis zum 5. Sept. 1847, also auf ein ganzes Jahr erfolge. Der Antrag wurde vom Kanzler der Schatzkammer bestritten und mit 121 gegen 88 Stimmen verworfen, worauf die Bill unverändert die Comité passirte. — Den Rest der Sitzung füllten fast ausschließliche Geldbewilligungen an die Regierung aus. — Die Oberhausitzung vom 24. war kurz und unbedeutend.

Der Examiner will spöttischer Weise einen Hauptgrund, weshalb die Repealsache so langsame Fortschritte mache, darin erkennen, daß D'Connell und die Repealer, während sie Irland für die Iren veranlassen, sich fortwährend in und außerhalb der Versöhnungshalle der englischen Sprache, also der Unionssprache, bedienen, statt ihre Repealforderungen und ihre Beschwerden in der alten und reichen irischen Sprache vorzubringen. Es sei doch ein alter Grundsatz, daß ein Volk, welches die Sprache des Feindes annahme, eben dadurch sich schon halb der Unterjochung hingabe. So lange Irland nicht irisch spreche, habe es auch

kein Recht, Irland für die Iren zu fordern. Eigentlich aber sollten die Irländer gar kein Englisch verstehen; dann könnten sie mit Grund gegen die Union einwenden, daß es ihnen unmöglich sei, Gesezen, die in einer ihnen fremden Sprache erlassen seien, zu gehorchen.

Zu Kiltrush, in der Grafschaft Clare, hielt Smith O'Brien dieser Tage in einer Abendgesellschaft eine Rede, worin er sich ausdrücklich für die Partei des jungen Irlands im Repealvereine erklärte. Ein anwesender Geistlicher, Hr. Kenyon, behauptete, daß es weder gegen Recht noch Moral verstoße, wenn man politische Verbesserungen durch Anwendung physischer Gewalt zu bewirken suche, und bezeichnete O'Connell's Lehre von der moralischen Gewalt als ein schönes, aber leeres Luftbild.

Die Times enthielten gestern einen leitenden Artikel über den in Hounslow zu Tode geprügelten Soldaten, worin sie ihre Entrüstung über den besondern Fall und die dabei beteiligten Offiziere, wie im Allgemeinen gegen das ganze Prügelssystem in höchst energischer Weise an den Tag legten. Die Times geben auch die von zwei Soldaten vor der Leichenschau-Jury gemachten Aussagen, die allerdings jedes menschliche Gefühl empören müssen, und nach denen es dem einfachsten Menschenverstande einleuchten muß, daß der Tod des Soldaten lediglich als Folge seiner Durchpeitschung zu betrachten ist. Das böse Gewissen der höhern Militärbehörden in Betreff dieses Vorfalles in Hounslow, die Kengstlichkeit, womit sie die Sache, die nun nicht mehr zu vertuschen geht, wenigstens so günstig als möglich für sich selbst und ihr Prügelssystem zu gestalten suchen, und die Mühe, welche sie zu diesem Zweck anwenden, ergibt sich unter anderm daraus: Nach Anweisung des „Colonel's“ nahmen Mittwoch die beiden Herren Day und Wilson die Befestigung der ausgegrabenen Leiche vor; sie hatten den genauesten Befehl, keinen Militärarzt zuzulassen. Es dauerte aber nicht lange, so verlangten zwei dergleichen eine Spezial-Ordre des General-Kommando's vorweisend, Einlaß, um der Prüfung beizuwohnen. Sie mußten aber unverrichteter Sache abziehen, was ihnen sehr unangenehm war.

In den diplomatischen Verhältnissen Englands in Bezug zu den fremden Höfen wird, in Rücksicht auf Berlin, keine Veränderung Statt finden. Der Graf v. Westmoreland bleibt auch unter dem neuen Ministerium in seiner Stellung am preussischen Hofe, und zwar ist dies auf besondere Bestimmung der Königin Victoria geschehen, welcher die Achtung und die Zuneigung, deren der Graf v. Westmoreland unter allen Klassen der Bewohner Berlins genießt, nicht unbekannt geblieben ist.

Die M.-Chron. meldet: Der lange schwebende Streit zwischen der Türkei und Persien ist endlich geschlichtet. Persien erhält Mohamra, am persischen Meerbusen, zurück, und die Türkei behält das Sandschak von Sulimanieh.

Neuere, in der Agra Chronicle vom 23. Mai enthaltene Berichte aus Ostindien melden die Uebergabe des Forts Kote Kangra, die Nachricht bedarf indeß der Bestätigung. Lokal-Neuigkeiten werden nicht viel berichtet. Sir C. Napier ist krank. Aus dem Nizam hört man wieder von Gewalthätigkeiten und Blutvergießen. Einige Seikh-Soldaten haben auf den britischen Capitän Malcolm, den zweiten Regierungsbeamten, geschossen. — Nach Berichten aus Singapore war der Reisende Dr. Leichardt mit seinem Gefolge, nach 16monatlicher Reise in der Wüste in Neu-Holland, zu Port Essington angekommen.

Der China Mail vom 7. Mai zufolge hatten in Foo-Chow-Foo ernste Conflicte zwischen den Eingebornen und Engländern stattgefunden. Der Pöbel hatte die Häuser der fremden Residenten, nachdem diese sich an Bord ihrer Schiffe geflüchtet, geplündert. Die Handels-Operationen litten natürlich beträchtlich unter diesem Zustande der Dinge.

Das gesammte, neulich aus China angelangte Sycester, welches die Regierung öffentlich zum Verkaufe ausgedoten hatte, und das sich auf etwa 840,000 Unzen belief, ist von den Herrn Rothschild zu 5 Schilling pro Unze angekauft worden, was als ein sehr hoher Kaufpreis betrachtet wird.

Aus New-York sind Berichte bis zum 2. Juli mit dem „Montezuma“ in Liverpool eingetroffen. Die Nachrichten aus Mexico sind von Interesse. Die Revolution gegen Paredes hatte sich bis zum Departement Jalisco ausgebreitet. Die Revolte war in der Stadt Guadalupe ausgebrochen, die Regierungstruppen hatten nach kurzem Widerstande sich ergeben und die Insurgenten unter Don Maria Jose Tanez hatten in einer Proklamation sich für Santa Ana erklärt und die Berufung eines neuen Congresses in Aussicht gestellt, um eine neue antimonarchische Constitution zu entwerfen. Dem New Orleans Picayune zufolge war Don Juan Campsido zum provisorischen Gouverneur des Departements ernannt und eidlich verpflichtet worden, die Aggression der Vereinigten Staaten zurückzuweisen. Santa Ana war noch in Havana. Vucatan war von den Vereinigten Staaten für neutral erklärt worden, und die Vereinigte-Staaten-Brigg „Sa-

mers“ war daher sofort nach Vera-Cruz abgegangen. Von der amerikanischen Invasions-Armee sind keine neueren Berichte eingegangen. General Paredes wollte am 6. Juni an der Spitze von 3000 Mann, die er auf dem Marsche auf 16,000 zu bringen hoffte, an die Grenze abmarschiren. Andere meinen, er werde Mexico nicht während der Sitzung des Congresses verlassen. Die halbe Republik befand sich in offenem Aufstande. In der Provinz Vera-Cruz erwartete man täglich den Ausbruch derselben.

Den letzten Berichten aus Brasilien zufolge hatte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Kammermännern angezeigt, daß, sobald die brasilianische Regierung Nachricht erhalten habe, von der (seitdem bekanntlich ausgeführten) Absicht der englischen Regierung, die brasilianischen Sclavenschiffe der Jurisdiction der britischen Admiralitäts-Gerichte zu unterwerfen, sie alle Unterhandlungen wegen eines Schiffsahrts- und Handels-Vertrages mit England sofort abgebrochen habe.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Juli. — Die Convention zwischen unserm Könige und dem Könige von Preußen, betreffend Erneuerung des Handels-Tractates vom 17ten Juni 1818 ist jetzt bekannt gemacht und lautet darin der den Sundzoll betreffende vierte Artikel wie folgt: „Man ist darin übereingekommen, daß der unterm 1sten Januar 1842 durch Veranftaltung der dänischen Regierung bekannt gemachte Sund- und Strom-Zolltarif, gleichwie die in denselben aufgenommenen Reglements und Vorschriften, für preussische Schiffe und Ladungen geltend sein soll, so daß der genannte Tarif in jeder Hinsicht die Erhebung des Sund- und Strom-Zolles in Beziehung auf den Handel und die Schifffahrt der preussischen Unterthanen ordnen wird. Da diese Unterthanen beständig auf denselben Fuß wie die von den begünstigten Nationen behandelt werden sollen, so ist es zugleich angenommen worden, daß jede Herabsetzung in jenem Tarif, gleichwie auch irgend eine andere Begünstigung oder Erleichterung in Entrichtung des Sund- und Strom-Zolles, welche einer andern Nation entweder zugestanden ist oder in Zukunft werden möchte, rechtlich und ipso facto den preussischen Unterthanen zu gute kommen wird.“

Italien.

Rom, 17. Juli. — Papst Pius IX. gewinnt durch nachhaltige Popularität die Liebe des Volkes immer mehr. Als er vorgestern durch Trastevere vor Porta Portuense fuhr, umringte ihn ein Haufe von arbeitslosen Webern, ihm ihr Leid klagend, er tröstete sie durch den apostolischen Segen und so reiche Almosen an Geld, daß die Leute vor Erstaunen und Freude außer sich kamen. Und das will bei dem überaus schwer zu sättigenden römischen Volk außerordentlich viel sagen. — Der diesjährige Sommer gehört zu dem heißesten, deren sich Viele hier erinnern. Das Thermometer zeigt fast stets 31—32 Grad Reaumur. Aber auch zu den gesegnetsten gehört dieses Jahr, besonders was Südfrüchte betrifft. Außerordentlich reiche Aernten an Reis hofft man in der Romagna.

Rom, 18. Juli. (M. A.) Durch die Amnestie sind über 6000 Unglückliche (schl. 3. No. 174) ihren Verhältnissen und ihren Familien wieder gegeben. Die Unterhaltungskosten derselben betragen für den Staat täglich mehr als 1200 Scudi. Aus Rom allein zählt man deren gegen 900. — Gestern Abend waren die Häuser sämtlicher aus der Haft Befreiten erleuchtet. Diesen Abend sieht man einer glänzenden Beleuchtung von ganz Rom entgegen. Morgen Vormittag wird Se. Heiligkeit in dem Kloster della Missione Messe lesen. Das Volk will ihm die Pferde ausspannen und den Wagen unter Jubelgeschrei ziehen.

Der * Correspondent der Allg. Ztg. versucht es in einem Artikel aus „Rom 18. Juli“ ein Bild der allgemeinen Begeisterung vorzuführen, welche die Amnestie auf die Bevölkerung Roms hervorgebracht. (S. die gestrige Schles. Zeitung.) Als dieselbe, schreibt der Correspondent, gestern gegen 6 Uhr durch Maueranschläge veröffentlicht wurde und sich überall Gruppen bildeten ihn zu lesen, ging der Ruf: „die Amnestie ist erschienen“ von Mund zu Mund. Gegen 7 Uhr hatten sich bereits viele wohlgekleidete Personen auf Monte Cavallo vor dem Palast des Quirinals eingefunden, um dem Papst durch Evviva zu danken. Da gelangte die Kunde nach der Via Porta Pia, wo das in ganz Italien beliebte Ballspiel von mehreren tausend Menschen besucht war, und wie ein Gedanke durchslog es die Versammlung vor den Palast zu ziehen, und vieltausendstimmig erscholl es: la benedizione, Santo Padre! evviva il Santo Padre! evviva Pio nono! evviva il Papa! Der heilige Vater erschien auf der großen Loggia über den Haupteingang, und mit Thränen in den Augen segnete er die Menge. Dieser Vorgang hatte sich nicht so bald in der Stadt verbreitet, als sich allenthalben Menschen versammelten und mit einbrechender Nacht wurden Fackeln angezündet und der Gnadenact laut vorgelesen; Alt und Jung vergoß Freudenthränen, reiche Leute theilten Geld an die Armen aus und schlossen sich dem nach Monte Cavallo wogenden Volkssturm an. Unterwegs forderte man die Bewohner der Häuser auf zu illuminiren, was, so gut es der Augenblick ge-

stattete, sofort geschah. Vor dem Palast wurden die Hochrufe aber- und abermals wiederholt, und wie der Papst beim Fackelschein auf der Loggia erschien, und die Häupter alle entblößt waren, wollte der Jubel kein Ende nehmen. Wie bei dem Südländer der Schmerz und die Freude sich nicht in die Grenzen von Maß und Ziel einzwängen läßt, so auch hier. Dieser Ausdruck der Dankbarkeit war noch nicht genug, und fort und fort stürmte die jauchzende Menge mit Fackeln nach dem Quirinal. Eine Abtheilung hatte ein Musikcorps, welches vor der Magdalenenkirche spielte, mit sich gezogen. Der Strom von Menschen aus allen Klassen schwoll von Minute zu Minute, und aus vielleicht 20,000 Kehlen scholl ein Freudenlaut in der Nacht über ganz Rom hin. Die Musik wurde durch das evviva il Santo padre etc. übertönt, und wie endlich der heil. Vater gegen 11 Uhr zum drittenmal segnend erschien, war die Begeisterung bis zum höchsten Grade gestiegen. Das Rufen, Händeklatschen, Hüte- und Tücherschwenken wollte nicht enden; und als der heil. Vater sich zurückgezogen, setzte die ganze Masse mit Tausenden von Fackeln sich in Bewegung und riß nun in ihrer Begeisterung alles mit sich, was ihr in den Weg kam. Alle Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, waren im Nu beleuchtet, und das Tücherschwenken der Damen aus allen Fenstern wetteiferte mit dem Evviva der Menge, die erst eine Stunde nach Mitternacht sich verließ. Aus aller Augen strahlte Freude, man dachte der betäubten Familien, deren Mitglieder in der Fremde schmachteten oder im Gefängniß diesen Augenblick mit Sehnsucht erwarteten, die nun ihre Lieben wiedersehen sollten. Der Papst hat sich Tausende und aber Tausende seiner Unterthanen, die früher dem heil. Stuhl feindlich gegenüberstanden, tief verpflichtet. Bei allen diesen Ausbrüchen der Freude ist uns keine Unordnung zu Augen, noch zu Ohren gekommen. Nur als der erste Zug vom Quirinal herabging, und ein Cardinal in seinem Wagen daher fuhr, welchen die Menge mit oder ohne Grund als einen Gegner der Amnestie bezeichnet, erscholl ihm ein vieltimmiges „evviva il Santo Padre Pio nono!“ entgegen. Amnestie ist mit der gestrigen Post bereits nach den Provinzen abgegangen, und aus Bologna berichtet man, daß dort großartige Feste vorbereitet werden um den Tag der Bekanntmachung zu feiern. — Wie man vernimmt, soll der Cardinal Gizzi in den ersten Tagen der nächsten Woche zum Pro-Staatssekretär ernannt werden. Er soll die innern und äußern Angelegenheiten mit zwei Substituten leiten. Auch sollen alle Präsidenten der verschiedenen Verwaltungs-zweige sich unter seiner Leitung als Rath versammeln.

Miscellen.

Königsberg. Während die Unglücksgeichte auf der Nordbahn die Runde durch alle Zeitungen macht, sprechen dieselben Blätter von einer bedeutenden Gratifikation, welche das Direktorium der Berlin-Hamburger Eisenbahn dem Obergeringieur für die Vollendung der Bahn bis zur Mitte des August zugesichert hat. Wenn man nicht umhin kann, den größten Theil der Unglücksfälle auf Rechnung der Uebeeilungen beim Bau und auf Rechnung der Nachlässigkeiten der Aufsichtsbeamten zu schreiben, was soll das Publikum zum „Versprechen einer Gratifikation für schleunige Beendigung“ sagen, zu einem Versprechen, welches nothwendig Uebeeilungen und mit diesen die Anlage zu späteren Unglücksfällen zur Folge haben muß? Die öffentliche Verkündung dieses Gratifikationsversprechens deutet ein starkes Zutrauen der Direction zum Leichtsinne des Publikums an. Die Erfahrung hat allerdings dieses Zutrauen gerechtfertigt und alle bisherigen Unglücksfälle haben die Frequenz nicht zu verringern vermocht. Auf der andern Seite scheint es uns aber Pflicht der betreffenden Behörden, einer Eilfertigkeit der Aktiengesellschaften entgegen zu arbeiten, die für die schleunigste Erzielung der Rente ohne Scheu eine größere oder geringere Anzahl von Menschenleben auf das Spiel setzt. Daß die Direction sich nicht entblödet, ihre Mittel zur Baubeschleunigung öffentlich zu verkünden, scheint ein Beweis für die Laune der Beaufsichtigung von Seiten der Behörden zu sein. (Königsb. Z.)

Die Bevölkerung in Wilna besteht aus 80,000 Seelen, darunter 45,000 Juden, wie Sir Moses Montefiore berichtet. Die Zahl der Juden in Polen giebt M. als den vierten Theil der ganzen Bevölkerung an, und Warschau's Bevölkerung bestände jetzt aus 90,000 Seelen, darunter 40,000 Juden.

Am 19. Juli ist auf dem Dresdner Postheatter „der Tempier und die Jüdin“ aufgeführt, und darin die Partie der Rowena in Ermangelung einer Sängerin nicht gesungen, sondern von einer Schauspielerin gegeben worden.

Paris. Auf der Nordbahn ist jetzt die Schnelligkeit des Transports so ermäßigt worden, daß man in der Stunde nur noch 32 Kilometer oder 4 Meilen fährt (in Preußen gesetlich 5 Meilen, die Meile zu 12 Minuten).

Schlesischer Novellen - Courier.

Tagesgeschichte.

* Breslau, 30. Juli. — Durch die in der Verwaltung des Schießwerders eingetretenen Veränderungen, ist die Aufmerksamkeit des Publikums auf diesen, für Breslau's Bürgerchaft in vielfacher Beziehung merkwürdigen Ort, aufs Neue hingelenkt worden, und es kann daher für Diejenigen, welche in der topographischen Geschichte jenes Ortes eine genauere Umschau halten wollen, das hier selbst so eben bei Heine. Richter erschienene Werkchen: Das Schießwerder-Buch, aus den Akten und Protokollen des Schießwerders, herausgegeben von G. Roland, mit Recht empfohlen werden, da es genau und vollständig Alles enthält, was darüber irgend aufzufinden und zu benutzen war. Der Herr Herausgeber hat nichts außer Acht gelassen, was das Interesse des Lesers fesseln könnte, und sogar über die Wälder, Embleme und Reliquien aller Art, welche sich im Schießwerder vorfinden, die zureichendste Auskunft gegeben. Das Verzeichniß der Schützenkönige seit 1566, die Mittheilungen der Schützenordnungen der verschiedenen Zeiten bis auf die heutige, die Aufzählung der verschiedenen Legatschießen, und die allerdings nicht genügende Aufklärung über das Belustigungsspiel, können gewiß auf den Dank desjenigen Theils des Publikums Anspruch machen, der überhaupt noch Sinn für Volkslust und Bürgerleben hat. Von den zwei Abbildungen, die dem von der Verlagshandlung gut ausgestatteten Werkchen beigegeben sind, stellt die eine den Schießwerder in seiner gegenwärtigen Gestalt, und die andere die verschiedenen Trachten der Bürgerschützen seit 1400 vor.

* Salzbrunn, 29. Juli. — Noch stehen hier mehr als 100 Wohnungen leer, obgleich in früheren Jahren, wo fast 100 Kurgäste zu dieser Zeit in unserer Brunnenliste weniger aufgezeichnet waren, bereits jedes Dachkammerchen vermietet war. Es wäre daher rathsam, wenn unsere Wirthe zu ihrem eigenen Vortheile weniger an Neubauten dächten. Heute hatten wir das Glück, Se. kgl. Hoheit unsern einstigen Thronerben, den Sohn des Prinzen von Preußen, in unserer Mitte zu sehen. Der junge Fürst soll auf einer Reise nach Oberschlesien begriffen sein; unseren Brunnenort hat er bereits wieder verlassen (Vgl. unsere Berliner Correspondenz im gestr. Bl. unter „letzte Nachrichten“). — Am letzte Sonntage haben wir hier viele Breslauer und fremde Gäste. Die Breslauer Rabbiner-Versammlung hatte einen Ausflug nach Fürstentum gemacht, und uns bei dieser Gelegenheit besucht. Leider ist diese Vergnügungsreise durch verschiedene Unfälle getrübt worden, und die Rabbiner haben zerbrochene Wagenräder und durchnäste Kleider als Reise-Erinnerungen mit nach Hause genommen. — Morgen geht ein neues Lokal-Lustspiel, „die Geheimnisse von Salzbrunn“, über unsere Bühne. Der Dichter desselben hat sich auf den Zettel nicht genannt, aber er mußte ein Halb-Gott sein, wenn er ein Lokal-Stück schreiben kann, das hier, und bei der voraussichtlich sehr schlechten Aufführung gefallen sollte. Wir wünschen ihm viel Glück, möchten aber keineswegs solche verlorene Mühe wagen und verschwenden.

Hannau. Den 12. Juli wurde in Straupis ein eben so seltenes als schönes Fest begangen, das Jubelfest der 50jährigen Amtsthätigkeit des dortigen Kantor und Lehrer, Herrn Schiebler.

Schlesische Landschaft.

Bei der Schweidnitz-Zauerschen Fürstenthums-Landschaft ist an die Stelle des verstorbenen Landes-Ältesten des Schweidnitzer Kreises, königl. Kammerherrn Grafen v. Zedlitz-Leipe auf Rosenthal, der Rittergutsbesitzer v. Lieres auf Wilkau, und zum dritten Landes-Ältesten des Reichensbäcker Kreises der Kreis-Deputirte v. Moris-Eichborn auf Güttermannsdorf erwählt worden.

Bei der Glogau-Saganer Fürstenthums-Landschaft ist für den abgegangenen Landes-Ältesten Sprottauers Kreises, Kreis-Deputirten v. Kessel auf Zeisdorf der Lieutenant v. Niebelschütz auf Mettschlag und für den ebenfalls abgegangenen Landes-Ältesten Grünberger

Kreises, Freiherrn v. Kottwitz auf Laesgen der Rittergutsbesitzer v. Zimmermann auf Rüpsenau erwählt worden.

Bei der ober-schlesischen Fürstenthums-Landschaft ist für den Landes-Ältesten Coseler Kreises, Rittmeister v. Stwolinsky auf Wielmierzowitz der Lieutenant Graf v. Springenstein auf Militsch, für den Landes-Ältesten Groß-Strehlitzer Kreises, Lieutenant v. Salisch auf Nieder-Elguth der Landrath Freiherr v. Nichte-hofen auf Leschnitz, und für den Landes-Ältesten Ratiborer Kreises, Kreis-Deputirten Grafen v. Strach-witz auf Radoschau der k. k. österreichische wirkliche Kammerer, Felix Fürst v. Lichnowsky-Werdenberg, Herr der bevorrechteten Majoratsherrschaften Kuchelna, Bolatitz etc. erwählt worden.

Bei der Liegnitz-Wohlauner Fürstenthums-Landschaft ist an die Stelle des mit Tode abgegangenen Landes-Ältesten Wohlaun-Winziger Kreises, Premier-Lieutenant v. Gfug auf Groß-Wangern der Lieutenant v. Böhm und Baedzing auf Ober-Nieder-Eunern gewählt worden.

Bei der Münsterberg-Glagauer Fürstenthums-Landschaft ist an die Stelle des Landes-Ältesten Münsterberger Kreises, Grafen v. Zedlitz-Trübschler auf Nieder-Pom-sdorf der Rittmeister v. Kordwitz auf Kummelwitz erwählt worden, und für den in Pensionsstand versetzten Landschafts-Syndikus, Justitiarius Freitsch der Ober-Landes-Gerichts-Äffessor Koch angestellt worden. Der Landschafts-Secretair Häufig ist mit Pension aus-geschieden.

Bei der Neiße-Grottkauer Fürstenthums-Landschaft ist an die Stelle des verstorbenen Landes-Ältesten Neißer Kreises, Kreis-Deputirten Pohl auf Borkendorf der Landrath v. Maubeuge auf Deutsch-Wette ge-wählt worden.

Bei der Oels-Militzschener Fürstenthums-Landschaft ist an die Stelle des Landes-Ältesten Trebnitzer Kreises v. Prittwitz auf Cawallen der Freiherr v. Gregory auf Groß-Zauche und an die Stelle des Landes-Ältesten Militzschener Kreises v. Franckenberg-Proschlik auf Golgome der v. Franckenberg-Proschlik auf Bogislawitz gewählt worden.

Ausfall der Ernte.

Noch ist zwar die Ernte nur zum Theil eingebracht, aber schon läßt sich ein Urtheil über den Ausfall derselben abgeben. Das Steigen der Roggenpreise zur Zeit, wo das erste Korn von diesem Jahre auf den Markt kam, ist, dünkt mich, der überzeugendste Beweis von dem geringen Ertrage dieser Frucht und widerlegt die Ansicht, daß es damit nur unbegründetes Geschrei war. Es mag allerdings die Gefahr, die noch vor wenigen Tagen drohte, daß nämlich die Kartoffeln bei der Hitze und Dürre zu Grunde gehen würden, zu diesem Steigen mit beigetragen haben. Da jetzt die Gefahr vorüber und die Aussicht auf eine reichliche Kartoffel-Ernte eingetreten ist, so werden wir ja bald sehen, wie groß der Antheil, den die Furcht vor dem Verderben dieser Frucht hatte, gewesen. Leider stimmen alle Nachrichten von nah und fern darin überein, daß der Roggen bei weitem unter einem Mittel-Ertrage steht. Auf großen Strecken hat man kaum die doppelte Einsaat gewonnen, und wo man sich auch zu den schönsten Hoffnungen berechtigt glaubte, da zeigt der Probedrusch, daß man bei weitem weniger hat, wie man sich versprochen. Wie gern möchte ich mit dieser Mittheilung unrecht haben! Zur Zeit der Einsaat wird der geringe Ertrag des Roggens am klarsten hervortreten, denn es werden die meisten Land-wirthe vollauf zu thun haben, den Samen, den sie be-dürfen, aufzubringen. An Verkauften wird da wenig zu denken sein. Ich könnte eine Menge Beispiele nicht allein aus den meisten Gegenden unseres Vater-landes, sondern auch vom Auslande, anführen, wo man überall kaum die Hälfte des gewöhnlichen Ausdrusches hat, gar nicht einmal Vieles zu gedenken, wo die Schüttung nicht viel über die Kosten des Dreschens giebt. — Dagegen zeigt sich der Weizen allent-halben sehr ergiebig und dies gilt nicht allein von seiner Menge, sondern auch von seiner Güte. Be-kommen wir keine Ausfuhr — wozu noch wenig Aus-sicht vorhanden — so werden nicht allein, wie es jetzt schon der Fall ist, die geringeren Sorten des Weizens, sondern auch die besseren gar bald unter dem Preise des Roggens stehen. Auch die Gerste ist gut und hat im Allgemeinen von der Dürre bei weitem nicht so viel gelitten, wie der Hafer, der daher auch im Preise sich jener immer sehr nahe halten wird. — Indes darf man sich der Hoffnung hingeben, daß die Noth nicht so groß werden wird, wie man es noch vor Kurzem fürchtete; denn es versprechen die Kartoffeln einen sehr reichlichen Ertrag, und es haben sich selbst die, welche man schon für verloren hielt, auf wunderbare Weise aufs Neue belebt.

Breslauer Getreidepreise vom 30. Juli.

	Beste Sorte:	Mittelsorte:	Geringe Sorte
Weizen, weißer . . .	80 Sgr. 70	68 Sgr. 52	48 Sgr.
Weizen, gelber . . .	80 " 68	" 66	" 48
Roggen . . .	72 1/2 " 69	" 66	" 46
Gerste . . .	54 " 51	" 46	" 46
Hafer . . .	40 " 38	" 35	" 29-32
Raps . . .	65 " 63 1/2	" 62	" 62

Actien-Course.

Breslau, 30. Juli.	
Oberschles. Litt. A. 4% p. C.	109 Br. Prior. 100 Br.
dito Litt. B. 4% p. C.	100 1/2 Br.
Breslau-Schweidn. Kreisburger 4% abgst.	100 1/2 u. 1/2 bez. u. Br.
dito	Prior. 100 Br.
Niederschles. Markt, p. C.	94 Br.
Ost-Preussische (Göln-Minden) Zuf.-Sch. p. C.	95 1/2 Gld.
Wilhelmsbahn (Göln-Düsseldorf) p. C.	86 Br.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) Zuf.-Sch. p. C.	100 1/2 Br.
Neiße-Brieg Zuf.-Sch. p. C.	74 u. 75 bez.
Krautau-Ober-Schl. Zuf.-Sch. p. C.	81 1/2 Gld.
Cassel-Kippstadt Zuf.-Sch. p. C.	91 1/2 u. 92 bez. u. Br.
Friedrich-Wilh.-Nordbahn Zuf.-Sch. p. C.	83 bez.
Magdeburg-Wittenberger Zuf.-Sch. p. C.	95 Gld.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. Juli. — Der Notariats-Kandidat Heinrich Joseph Kneim zu Siegburg ist zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Wermelskirchen, im Landgerichts-Bezirk Elberfeld, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wermelskirchen; der Notariats-Kandidat Karl Bieler zu Düsseldorf zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Waldbroel, im Landgerichts-Bezirk Köln, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Waldbroel; und der Notariats-Kandidat Friedrich Licht zu Gelsenkirchen zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Wittlich, im Landgerichts-Bezirk Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wittlich, ernannt worden.

Der Bischof von Jerusalem, Gobat, ist nach Dresden abgereist.

△ Berlin, 29. Juli. — Von vielen Seiten wird behauptet, daß sich bereits eine große Anzahl reicher Partikuliers zur Betheiligung bei der mit dem J. 1847 zu begründenden neuen Bank gemeldet hätten, während man andererseits wieder vernimmt, daß dies Institut unterm Publikum keinen großen Anklang findet. — Die Mitglieder der hiesigen Universität dürften den diesjährigen 3. August, den Geburtstag des hochsel. Königs Friedrich Wilhelms III., des erhabenen Stif-ters hiesiger Hochschule, zum ersten Male nicht durch ein gemeinsames Festmahl begehen, weil die gegenseitige Verstimmung sehr groß ist. — In der jüngsten Ver-sammlung der Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesell-schaft ward mit einer Majorität von 1073 Stimmen gegen 554 meistentheils Braunschweiger nach langen lebhaften Debatten der Ankauf der Magdeburg-Halber-städter Eisenbahn Seitens der Berlin-Potsdam-Magde-burger Gesellschaft gut geheissen. Bei der am ver-flossenen Sonntag auf der Potsdam-Magdeburger Ei-senbahn gemachten Probefahrt war man überrascht von dem soliden und schnellen Bau derselben. In den er-sten Tagen des August wird die Bahn für das Publi-kum eröffnet werden. Die Fahrzeit von Berlin nach Magdeburg ist auf 4 Stunden festgesetzt.

(Magdeb. Z.) Von Holstein und Schles-wig erschallt ein Hülferuf nach dem andern in Folge des „offenen Briefes“ nach dem deut-schen Mutterlande, auf welches die Hoffnung unserer Brüder in jenen Ländern zur Abwendung der in der neuesten Geschichte einzig dastehenden dänischen An-maßung gerichtet ist. Wir sind um so mehr befugt, den letzten Schritt Dänemarks als eine Annäherung zu bezeichnen, als selbst dänische Blätter, die Unhaltbarkeit der in dem offenen Briefe angeführten Rechtsansprüche erkennend, sich nicht scheuen, es auszusprechen, daß die Fassung der Erklärung eine absolutere hätte sein müs-sen, indem sie der Meinung zu sein scheinen, daß man sich, Deutschland gegenüber, ein solches kategorisches Auftreten zum Ersatz der fehlenden Gründe und Rechte wohl erlauben könne, in welcher Hinsicht man sich in Dänemark bei andern Gelegenheiten unperholen öffent-lich geäußert hat. Wir sehen also im 19. Jahrhundert ein Beginnen sich wiederholen, wodurch Deutschland früher im tiefsten Frieden die schönsten Provinzen und Landstriche verloren hat. Die Zukunft wird leh-ren, ob Dänemark, gestützt auf Urkunden, deren Rechtsgültigkeit von bedeutenden Staatsrechtsge-lehrten längst umgestoßen worden ist, und an deren Haltbarkeit man in Dänemark selbst nicht glaubt, über das große Deutschland, auf dessen Seite überdem das Recht und die Wahrheit als mächtige Mitkämpfer stehen, dennoch den Sieg davon tragen werde.

Der Deutschen Allg. Ztg. wird aus Berlin ge-schrieben: Hoffmann von Fallersleben hat sich nach vielen Fahrten einmal wieder nach Neuhadensleben ins Halberstädtische begeben. — Für den Literaten Karl

Heinzen wird auch in hiesigen Kreisen gesammelt, damit er nach Amerika auswandern könne. Ein in Schlesien (Salzbrunn) zu diesem Zwecke veranstaltetes Concert brachte über 300 Thlr. ein. (Letztere Angabe ist eine Uebertreibung. Der Ertrag bestand nur in ungefähr 100 Thalern.)

Frankfurt a. M., 26. Juli. — Die Rückkunft des präsidentirenden Bundestags-Gesandten, Herrn Grafen von Münch-Bellinghausen, wird mit Bestimmtheit für nachstkünftigen Dienstag verkündigt. Auch soll in diesen Tagen der königl. dänische Herzogl. Holstein-Lauenburgische Bundestags-Gesandte Hr. von Prehlin hier eintreffen, was vermuthen läßt, die hochwichtige Frage wegen der mit der Krone Dänemark durch einen gemeinsamen Herrscher dormalen verbundenen deutschen Herzogthümer werde noch vor dem Eintritte der Bundestags-Ferien zur Verhandlung gelangen. Daß in deren Betreff Erörterungen unter den Cabinetten von Kopenhagen, Wien und Berlin stattgefunden, bevor noch der vielberufene offene Brief Christians VIII. erschien, der diese Frage gleichsam durchhaut, wird zwar von gemeinhin wohlunterrichteten Personen zugegeben; allein nichtsdestoweniger, vermehren sie, möchte diese Acte ohne ihre vorgängige Zustimmung in ihrer dormaligen Form abgefaßt und veröffentlicht worden sein, zumal nicht denkbar, daß die Hegemonen des deutschen Bundes eine Anordnung genehmigen sollten, die eine Schwächung desselben nothwendig herbeiführen muß. Man nimmt daher an, es sei die mehr beregte Acte lediglich unter den Auspicien derjenigen europäischen Großmächte erschienen, deren Politik dieselbe zusagt, so weit sonst auch ihre Interessen auseinander gehen mögen. In der Hypothese wäre demnach zu verhoffen, der vielberufte offene Brief und dessen Bestimmungen möchten von der deutschen Bundesversammlung keineswegs als ein fait accompli betrachtet und anerkannt werden.

Mannheim, 26. Juli. — Nach einer Mittheilung der hiesigen „Abendzeitung“ haben mehrere Bürger Mannheims auf morgen Abend eine Versammlung zu dem Zwecke angedenkt, in einer Petition an die zweite Kammer in Betreff der feierlich verbrieften Unabhängigkeit von Schleswig-Holstein und Lauenburg die allgemeine Meinung und ihre Rechtsforderung geltend zu machen. An mehreren Orten des Landes soll, nach bemerktem Blatte, Gleiches im Werke sein.

Karlsbad, 25. Juli. (A. Pr. 3.) Heute fand hier die solenne Leichenfeier für den am 16ten d. während des Gebrauchs der Kur plötzlich verstorbenen kgl. preussischen General-Lieutenant und ersten Kommandanten von Stettin, Freiherrn von Pfuel, statt. Der Katafalk war in der Kapelle zunächst dem Kirchhofe, auf welchem Katholiken und Protestanten brüderlich neben einander ruhen, vor dem Altare aufgestellt. Nach der Versammlung des Leichengefolges, zu welchem sich, außer sämtlichen Landsleuten des Dahingegangenen, auch die in der Umgegend garnisonirenden und die zum Gebrauch der Kur anwesenden österreichischen Offiziere, an deren Spitze sich der kaiserl. General der Kavallerie, Staats- und Konferenz-Minister Graf von Ficquelmont, befand, mit einem Jäger-Kommando aus Eger, und viele Andere eingefunden hatten, begann um 10 Uhr, auf ein Zeichen der in der Tracht der Kreuzherren anwesenden katholischen Geistlichen, ein feierlicher Gesang vom Chore der Kapelle, nach welchem der Sarg von Unteroffizieren des obengenannten kaiserl. Jäger-Regiments aufgehoben und auf den Gottesacker getragen wurde, woselbst ein protestantischer Geistlicher die Gedächtnisrede hielt. Nach der Einsegnung der Leiche bezeugten die beiden Compagnien der Karlsbader Bürgergeschützen dem Verstorbenen die letzten kriegerischen Ehren, indem sie drei Gewehrsalven über die Bahre gaben, worauf ein kurzer Gesang und ein stilles Gebet die ernste Feier schloß.

Paris, 25. Juli. — Das Geschäft an der Börse war belebt, die Tendenz in allen Gattungen Fonds zum Steigen; Eisenbahnactien waren begehrt.

Die zur Opposition haltenden Wähler des ersten Bezirks von Paris haben sich am 23ten Abends unterm Vorsteh des Baron Barrot's versammelt. Sechshundert Wähler hatten sich eingefunden. (Die Zahl der eingeschriebenen Wähler in ganz Frankreich beträgt jetzt über 220,000 steuerpflichtige Individuen; so viele haben, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machen, mitzuwählen an den 459 Abgeordneten zur Legislatur.) Der Vorsitzende erklärte den Zweck der Reunion und gab dann das Wort dem Hrn. Boivin-Villiers, der den Anwesenden eröffnete: das Wahlcomité habe beschlossen, es seien alle Stimmen der Opposition auf einen Candidaten zu concentriren. Als den Candidaten, der die meisten Chancen des Erfolges für sich habe, nannte er hierauf den General Lamoriciere. Es wurde ein Schreiben verlesen, in welchem der General äußert, er habe die ihm vom Ministerium angebotenen Candidaturen zurückgewiesen, weil man Bedingungen damit verknüpft hätte, die mit der Unabhängigkeit seines Charak-

ters unverträglich seien. „Disciplinirter Soldat,“ — so lauten Lamoriciere's Worte — „wie es jeder Bürger sein muß zum Gelingen der Unternehmungen, in welchen er seiner Fahne folgt, gedenke ich meine Uniform und meine Epaulette an der Thüre der Kammer abzulegen und frei zu bleiben in meinen Ansichten u. Abstimmungen.“ General Lamoriciere fügt bei, er nehme mit großer Bereitwilligkeit die ihm von der Opposition angebotene Candidatur an, und werde auf den ersten Wink vor dem Wahlcolleg erscheinen. Diese Declaration wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. So versichert der National. Dabei gesteht er jedoch, die Berathung sei unterbrochen worden durch die Reden des Doctor Piorey und des Herrn Gasc, die sich selbst als Candidaten zu empfehlen suchten.

Seit einigen Tagen herrschten an der Börse verschiedene beunruhigende Gerüchte, in Betreff deren das Journal des Débats sagt: „Spekulant in Eisenbahnen, deren Statuten, wir wissen nicht aus welchem Grunde, bis jetzt noch nicht genehmigt und deren Aktien daher noch nicht verkauft worden, haben in der Hoffnung, ihre Einzahlungen zurückzuerhalten, oder aus Gründen, die wir nicht mittheilen wollen, verläumderische Gerüchte gegen achtbare Häuser von Paris ausgestreut. Wir können versichern, daß dieselben durchaus jedes Grundes entbehren und schamlose Lügen sind.“

Rotterdam, 24. Juli. (D. A. 3.) Auch hier hat sich ein Comité gebildet, welches sich um das Schicksal der vielen deutschen Auswanderer, welche hier dieses Jahr durchströmen, bekümmert. Dasselbe nennt sich Comité voor de Landverhuizers te Rotterdam. Es beschäftigt sich zunächst nur mit den geistlichen Anliegen der Auswanderer und hat sich zum Zweck gesetzt, dieselben mit deutschen Bibeln und Traktaten auf der Seereise zu versehen und in einem eigens dazu von der Stadt eingeräumten Lokale, wenn gerade eine größere Anzahl sich länger verweilt, mit denselben eine Erbauungsstunde in deutscher Sprache halten zu lassen.

Zürich, 23. Juli. Die Revision des Bundesvertrages, jene wichtige Frage, an deren glücklicher Lösung der Zukunft Helvetiens hängt, beschäftigte vorgestern die hohe eidgenössische Tagessatzung, rief eine hohe Debatte hervor, führte aber, wie dies bisher immer beim Vorbringen dieser Frage geschehen ist, zu keinem entscheidenden Resultate, d. h. zu einem durch Stimmenmehrheit unterstützten Verlangen nach einer Revision. Zehn und zwei halbe Stimmen hielten an der Revision fest, neun und eine halbe Stimme verlangten, daß dieser Gegenstand aus Abschied und Tractanden entfernt werde. Diese Frage ruht somit wieder ein Jahr, wenn nicht ernste Ereignisse die Aufnahme derselben noch vor der Zeit fordern sollten.

Kopenhagen, 24. Juli. (Alt. M.) Die dritte und vierte Sitzung der Ständes-Versammlung zu Roeskilde, vom 18ten und 20ten d. M., gingen mit formellen Einleitungs-Arbeiten hin. Sodann folgte die Annahme von 10 neuen Privat-Anträgen, aus denen von allgemeinerem Interesse hervorzuheben sind: Prof. Larsen: Antrag von ihm selbst in Verbindung mit Anderen in Betreff von Maßregeln zur Aufrechterhaltung und zum Schutz der dänischen Sprache und Nationalität in ihrem Zusammenstoß mit der deutschen. Capt. Buchwald: Antrag von 383 Bewohnern des Amtes Holbeck auf Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht; wozu noch folgende drei in der fünften Sitzung vom 21. Juli angemeldete Privat-Anträge kommen. Auf die Tagesordnung war vorangesezt der Antrag des H. G. A. Lehmann auf Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen den verschiedenen Theilen der Monarchie und Einführung einer freien Verfassung. Bevor Herr Lehmann denselben vorlas, gab der königliche Kommissar zu erkennen, er wünsche gleich nach Verlesung desselben der Versammlung eine Mittheilung zu machen. Der Antrag lautete folgendermaßen: „Die Ständes-Versammlung möge in einer allerunterthänigsten Petition an Sr. Maj. den König darauf antragen: 1) daß der König durch Handlungen die durch den offenen Brief vom 8ten d. aufs Neue behauptete unaufschiebliche Verbindung zwischen Schleswig und dem übrigen dänischen Reiche sichern möge, indem er in Wirklichkeit die diesem Herzogthum aufs Neue zugesagte provinziale Selbständigkeit durch Einführung der dazu nothwendigen Institutionen so vollständig entwickle, als es ohne Abbruch für die Einheit des Reichs möglich sei; 2) daß der König sobald als möglich einer — in Uebereinstimmung mit dem für die Provinzialstände erlassenen Wahlgesetz, jedoch mit freier Wählbarkeit — von den Inseln Jütland und Schleswig gewählten, gemeinsam constituirenden Versammlung in Kopenhagen zur Erwägung und Beschlußnahme vorlegen lassen möge: den Entwurf einer freien Verfassung, die dem Staate eine kräftige und volksmäßige Regierung sichern könne, indem sie die Wirksamkeit der Krone an die Verantwortlichkeit eines Ministeriums anknüpfe und einer aus einem liberalen Wahlgesetz, daß das Wahlrecht unabhängig von den Standesunterschieden und die Wähl-

barkeit frei mache, hervorgegangenen Volksvertretung beschließende Mitwirkung einräume bei der Gesetzgebung und bei der Festsetzung der Steuern und der Staats-Ausgaben; 3) daß der König, sobald die Erbfolgeverhältnisse in Holstein geordnet seien, sich mit diesem Herzogthume, mit Lauenburg und mit dem deutschen Bunde einigen möge über die Weise, wie diese beiden deutschen Bundesstaaten wünschen möchten, sich der Staatsverfassung und Staatsverwaltung des dänischen Reiches anzuschließen, worüber dann ein organisches Gesetz dem Parlament Dänemarks vorzulegen wäre, das stets bereit sein werde, mit diesen Herzogthümern in Bezug auf Institutionen, Gesetze und Staatsverwaltung jede Gemeinschaft einzugehen, die mit der Selbstständigkeit des dänischen Reiches als eines vom deutschen Bunde unabhängigen Staates und mit der Wohlfahrt der Nation als eines wesentlich nordischen Volksstammes vereinbar sei.“ Ehe wir uns, bemerkt der Alt. Merk., auf die Motivirung dieser Anträge und die daran sich knüpfende Diskussion (welche überdies auch von der Ständesatzung noch nicht vollständig mitgetheilt ist) einlassen, müssen wir vor Allem die Mittheilung anführen, welche der königl. Kommissar der Versammlung machen zu müssen angezeigt hatte. Wir lassen sie wörtlich folgen: „So weit der von dem Deputirten für den 8ten städtischen Distrikt gemachte Antrag ausgehen sollte auf Einführung besonderer Institutionen für das Herzogthum Schleswig und eventuell auf Abschließung eines neuen organischen Unionsgesetzes zwischen den Herzogthümern Holstein und Lauenburg einerseits und dem übrigen Staat andererseits, so ist es klar, daß ein solcher Antrag sowohl nach § 5 der Verordnung vom 28. Mai 1831, als nach der königl. Eröffnung vom 10ten d. M. außerhalb des der Versammlung angewiesenen Wirkungskreises liegt, und daß diese demnach nicht befugt ist, sich mit der Eingabe eines solchen Antrags zu befassen. Dasselbe gilt von dem übrigen Theil des Antrags, der eine Vernichtung der gegenwärtigen Staats-Verfassung des Königreichs bezweckt. So wie es bereits in der Natur der Sache liegt, daß es keiner untergeordneten Behörde zugestanden werden kann, bei der Staatsgewalt mit Anträgen auf Vernichtung der bestehenden Staatsverfassung einzukommen, und so wie das Grundgesetz des Reichs und die im ersten Artikel des Landesgesetzes wiederholten Bestimmungen es deutlich bekräftigen, so kann es hiernach durch § 5 der Verordnung vom 28. Mai 1831 nicht beabsichtigt sein, und geben die Worte der Verordnung auch durchaus keinen Beweis dafür, daß den Provinzialständen Befugniß gegeben sein sollte, dergleichen Anträge einzugehen. Ich kann mich inzwischen hier nicht darauf beschränken, hervorzuheben, daß die Versammlung inkompetent, d. h. unbefugt oder unberechtigt ist, Anträge auf Veränderung der Staats-Verfassung einzugeben. Ich darf auf diesem Plage, wo ich als unseres Allergnädigsten Erbherren und Königs Bevollmächtigter stehe, nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es im Grundgesetz des Reichs und im ersten Artikel des Landesgesetzes als eine allgemeine Unterthanenpflicht — die zugleich bei jeglichem Eintreten in eine öffentliche Stellung durch einen besondern Eid bekräftigt wird — bezeichnet ist, die Verfassung des Reichs aufrecht zu erhalten und also um so mehr Handlungen zu unterlassen, welche darauf ausgehen, deren Vernichtung zu bewirken. Es streitet gegen diese Pflicht und diesen Eid, mit einem Antrag hervorzutreten, wie der vorliegende ist, und der darauf ausgeht, die Grundpfeiler, auf denen die ganze Gesellschafts-Ordnung ruht, zu erschüttern. In Bezug hierauf habe ich denn der geehrten Versammlung mitzutheilen, daß der k. Kommissar, zufolge der ihm Allergnädigst gewordenen Instruction, nicht gestatten kann, daß die Versammlung sich mit der Verhandlung der vorliegenden Sache beschäftige, und daß ich folglich mich nicht auf die Sache selbst einlassen werde, indem ich erwarte, daß die Versammlung selbst einen solchen Antrag abweist.“ — Der Capitain John Ross, bekannt durch seine vielen Reisen im nördlichen Eismere zur Aufsuchung der nordwestlichen Durchfahrt, ist vorgestern auf seinem Kutter „Mary“, von nur 4 Lasten Gehalt, von Stockholm in Helsingör angekommen. Mit diesem Fahrzeuge gedenkt er weiter nach England zu gehen. Capitain Ross war 4 Jahre als englischer Konsul in Stockholm angestellt, und hat jetzt als solcher seinen Abschied genommen, um noch (in seinem 70sten Jahre) eine abermalige Reise nach dem Nordpole zu unternehmen. Er gedenkt aus England gegen Ende des Sommers mit zwei Segelschiffen und einem Dampfboote, die zu dieser Reise gebaut sind, abzugehen.

Benedig, 18. Juli. (A. 3.) Am 16. Juli reiste die Herzogin von Berry nach Frohsdorf ab, um dort und in der Umgegend den Sommer in Gesellschaft des Herzogs von Bordeaux zuzubringen.

Turin, 21. Juli. (A. 3.) Briefen aus Rom zufolge war Hr. Rossi sehr desappointirt über die etwas zu drollige Art, mit der die französischen Journale ihn während und nach der Papstwahl eine so große Rolle in Rom spielen ließen. Hr. Rossi wurde dadurch längere Zeit zum Gegenstand einer allgemeinen Besprechung und zum Theil witziger und verlegender

Bemerkungen, da man daselbst glaubte, daß er durch mehrere Mittheilungen an die Journale selbst zu den übertriebenen und in einem Fall wirklich komischen Angaben Veranlassung gegeben habe. Nach der herrschenden Meinung bekennet sich Hr. Heiligkeit zu den Ansichten der sogenannten Statisten oder Anhänger der politischen Gleichgewichtslehre den größeren katholischen Mächten gegenüber und dürfte daher für Rathschläge, die vom Auslande kommen, wenig Empfänglichkeit zeigen.

Aus Schlesien, 25. Juli. (D. A. Z.) Für die nächste landwirthschaftliche Versammlung zu Graß ist unter Anderem auch die Frage gestellt, ob die Sparkassen den kleinen Landwirthen die Credit-Institute zu ersetzen vermöchten. In Schlesien hatte bekanntlich der Landtag schon mehr Male die Einrichtung eines Pfandbriefsystems für die Besitzer bäuerlicher Grundstücke beantragt, was namentlich der Minister Rother sehr bevorzugte. Der Ober-Präsident v. Merckel in dessen befristete von Ausfertigung neuer Pfandbriefe eine Wiederholung des mit den landschaftlichen getriebenen Mißbrauchs, der allerdings sehr arg gewesen war und viele Verluste, ja ins Ungeheure gehende, veranlaßt hatte, weshalb der Antrag zurückgewiesen ward. Der König hat bei dem letzten schlesischen Provinzial-Landtag erneuerte Petition dem Ober-Präsidenten von Wedell zur Prüfung überwiesen, der die Frage mit Männern, welchen der gewerbliche Zustand der Provinz bekannt ist, in Erwägung ziehen sollte. Dies ist am Schluß des die Umgestaltung der schlesischen Landschaft (Pfandbrief-Creditinstitut) bezweckenden, vor wenigen Monaten geschlossenen General-Landtags geschehen, und die Befragten haben sich nicht allein für die Einrichtung, sondern auch für die Vereinigung mit der für die Rittergüter bestehenden Landschaft ausgesprochen, so wenigstens erzählen Männer, von welchen man genaue Kunde erwarten darf. Unter diesen Umständen ist die an die Versammlung zu Graß gestellte Frage für Schlesien besonders interessant. Schlesien hat 57 Kreise, mit der Lausitz, und 145 Städte. Im Jahr 1845 waren in 43 Städten, die in 33 Kreisen lagen, 36 Sparkassen vorhanden (denn die zu Görlitz vereinigt die Städte Görlitz, Hoyerswerda, Lauban, Marklissa, Muskau, Reichenbach, Ruhland und Schönberg), und in drei andern Städten, von denen eine keine Kreisstadt, wurde die Errichtung von Sparkassen vorbereitet. Es

war ein Einlage-Capital von fast 2 Mill. Thln. in den Sparkassen vorhanden, das von 2 Proc. bis 4 1/2 Proc. verzinst ward. In acht Städten überschritten die Rücknahmen die Einlagen. Es ist ein Menschenalter etwa, daß Wilberforce in Rothwell die erste Sparkasse errichtete; in Schlesien entstand im März 1819 die erste in Brieg. Die Magistrate verwalteten zumeist die Sparkassen und benutzten die Gelder, bald für diese, bald für jene Zwecke, indem sie die bereiten Gelder der Ziegeleifabrikation, oder dem Leihamt, oder Discontogeschäften zuwenden, woraus denn über die Verzinsung und die Verwaltungskosten hinaus Ueberschüsse erwachsen. Daß ein Reservefonds, um mögliche Verluste zu decken, gesammelt werde, ist nothwendig; aber es steht wohl billig in Frage, ob es nicht besser sei, statt so niedrige Zinsen für das Sparkassen-Capital zu geben und dabei Ueberschüsse durch die Nutzung der Nothpfennige des Armen zu erlangen, den Zinsfuß zu erhöhen und nur so viel für die Verwaltung zurückzubehalten, als die Verwaltungskosten selbst betragen und zur Sammlung eines Reservefonds nöthig ist. Finanzspeculationen sollen die Sparkassen nicht begünstigen, und dazu werden sie verwendet, wenn die Einlagen mit 2 1/2 Proc. verzinst und den Leihämtern, die bis 12 Proc. nehmen, zum Betriebs-Capitale gegeben werden; daß der Ertrag der Leihämter den Armenkassen zu gute gehe, heißt nur, den Armen durch des Armen Geld ernähren lassen. Eine Erhöhung des Zinsfußes, mindestens bis zu 3 1/2 Procent würde die Lust am Sparen erhöhen. Wenn wir nun fragen, ob unsere Landleute bei den Sparkasseneinlagen sehr theilhaftig sind, so muß dies verneint werden, die Fälle sind sehr vereinzelt. Einmal ist die Einrichtung derselben dem Landmann unbekannt, fürs Andere ist er zu misstrauisch, das Geld wegzugeben, er steckt es ins Schoberdach, in alte Strümpfe und Töpfe, verschließt es in das Beikästchen in seiner Lade; aber er giebt es nicht in die Stadt, und es wird noch viel Zeit dazu gehören, ehe ihm so viel Intelligenz gekommen sein wird, daß ihm klar wird, es genüge nicht allein zu sammeln, sondern es sei auch noch nöthig, vernünftig aufzubewahren. Glauben doch Viele, nicht bloß Landleute, zum Wirthschaften sei Sparen allein nöthig. Was nun die Verwendung der Sparkassen für bäuerliche Creditkassen betrifft, so dürfte dieselbe schon deshalb mißlich sein, weil wegen der Rückforderungen in jenen immer bedeutende baare Bestände oder doch

gleich baar umzusetzende Werthe vorhanden sein müssen. Es sind aber zu Creditkassen gar nicht viele baare Gelder nöthig, wenn die Pfandbriefeinrichtung beibehalten wird, wie man wünschen muß, sobald nur hierbei die Ausschreitungen und Mißbräuche vermieden werden, welchen die ritterschaftlichen Associationen, durch den Drang der Massen, sich auf diesem Wege schnell bereichern zu wollen, getrieben, anheimgefallen waren. Werden Pfandbriefe auf Bauergüter und Freistellen ausgestellt, hat der Gläubiger bei der Zinserhebung es nicht mit dem Schuldner, sondern mit einem die Schuld garantirenden Institute zu thun, ist der Zinsfuß nicht zu niedrig, so werden sich Leute genug finden, die geneigt sein dürften, ihre Capitalien in diesen Papieren anzulegen, und mögen die Sparkassenbestände immer zur Disposition der Städte verbleiben. Was aber für das Gedeihen der Creditinstitute sehr wünschenswerth ist, das ist eine angemessene Controle, daß die dargeliehenen Gelder wirklich zur Melioration der betreffenden Güter verwendet werden und nicht Neben Zwecken dienen, wie dies leider mit den ritterschaftlichen Pfandbriefen der Fall gewesen ist. Es dürfte die in Graß gestellte Frage, ob die Sparkassen zu Creditinstituten zu verwenden seien, wohl umgekehrt werden können, und gefragt werden, ob nicht die Creditinstitute zugleich zu Sparkassen dienen könnten. Es ist ein solcher Fall schon dagewesen, und ist eigentlich überall da, wo ein Theil der vom Schuldner zu zahlenden Zinsen zur Amortisation verwendet wird, nur muß dieser Theil nicht so unbedeutend sein, als er es bei der schlesischen Landschaft ist. In Holstein kamen früher 2 Proc. zur Amortisation, doch aber erst nach Verlauf einiger Jahre, da die erste Zeit dem Schuldner die Verzinsung leichter gemacht ward und er nicht gleich 6 Proc. zahlte. Justus Möser erörtert im zweiten Theile der Patriotischen Phantasien (XXVIII.) in seinem Vorschlage zur Erleichterung der hoffgessenen Schuldner diesen Fall, den er nicht Amortisation, sondern Tobzahlung, Tobsaat, Tobbau nennt. Könnte es geschehen, daß die Schuldner die Zinsen vierteljährlich zahlten, die Gläubiger nur halbjährlich empfangen, so würde die so mit dem Creditinstitute gebildete Sparkasse für den Schuldner in ihrem Erfolge noch günstiger sich darstellen.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Nachdem zufolge des nachstehenden hohen Erlasses des Herrn Finanz-Ministers Excellenz vom 21. Juni c.:

„In Verfolg des Erlasses vom 14. April d. J. be- nachrichtige ich das Directorium der Breslau-Schweid- nitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft, daß des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Ordre vom 16. Juni d. J. zu genehmigen geruht haben, daß das Grand- kapital der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn- Gesellschaft Behufs vollständiger Ausführung und Ausrüstung dieser Bahn durch Emission neuer Stamm- Actien zu dem Betrage von 200,000 Rthlr. bis auf 2,100,000 Rthlr. erhöht werde. Was dagegen die beabsichtigte Anlage einer Pferdebahn von Freiburg über Waldenburg nach den bei „Hermesdorf“ belegenen Kohlengruben betrifft, so soll dieselbe der ergangenen Al- lerböchsten Entscheidung gemäß, obgleich gegen diese Anlage an sich keine Bedenken vor- liegen, doch mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Geldverhältnisse für jetzt noch ausgelegt bleiben.“

Die Beschaffung von 200,000 Rthlrn. Behufs Vermehrung des Grund-Kapitals der Gesell- schaft durch Ausgabe von Stamm-Actien Allerhöchsten Orts genehmigt, dagegen die Ausfüh- rung der beabsichtigten Pferdebahn noch ausgelegt worden ist, so hat der unterzeichnete Ver- waltungsrath in Betreff der Ausgabe der neu zu creirenden 1000 Stück Stamm-Actien beschloffen:

- 1) Die Betheiligung der von den Herren Actionairen in Gemäßheit der Bekanntmachung vom 18. Mai c. bis zum 30. Juni c. gezeichneten Stamm-Actien findet in der Art statt, daß
 - a) diejenigen Actionaire, welche sich nur mit einer Actie betheiligt haben, diese voll erhalten;
 - b) der sodann übrig bleibende Theil der Actien verhältnismäßig auf die mehrgezeich- neten Actien-Beträge repartirt wird.
- 2) Die Berichtigung der Actien-Baluta erfolgt unter Abrechnung der bereits gezahlten 5 pSt. nebst Zinsen gegen Verabfolgung der Actien in unserem Bureau, und zwar:
 - a) Seitens der Herren Actionaire, welche nur eine Actie gezeichnet haben, zwischen dem 15. September und 15. October d. J.
 - b) Seitens der Herren Actionaire, welche nach Maafgabe ihrer Zeichnung mit mehr- deren Actien werden betheiligt werden, zur Hälfte zwischen dem 15. September und 15. October, und zur andern Hälfte zwischen dem 15ten und 31. December c., sofern sie nicht vorziehen, den Gesamtbetrag der Actien in der erstgedachten Frist einzuzahlen. Doch kann auch die Einzahlung des vollen Betrages aller ge- zeichneten Actien gegen Anschuldigung von Interims-Quittungen zu jeder frü- hern Zeit erfolgen. Jedem Zeichner wird die auf ihn repartirte Actienzahl bis zum 20. August c. bekannt gemacht werden.
- 3) Bei Empfangnahme der Actien sind die über die Zeichnungen ausgestellten Anerkenn- nisse zurückzugeben.
- 4) Mit den Actien werden Zins-Coupons seit dem 1. Juli d. J. gegen Vergütung der Zinsen bis zum Einzahlungstage nebst Dividendenscheinen von dem Jahre 1847 ab verabfolgt.

Diejenigen der Herren Actionaire, welche in Folge der nothwendig gewordenen Abände- rung der Betheiligung ihre Zeichnungen zurücknehmen wollen, haben dies gegen das Direc- torium der Gesellschaft schriftlich zwischen dem 15ten und 10. August c. unter Rückgabe der ausgestellten Anerkennnisse gegen Empfangnahme der Betheiligungsscheine und der einge- zahlten 5 pSt. nebst Zinsen zu erklären, widrigenfalls angenommen wird, daß sie unter den vorstehenden Bestimmungen bei ihrer Zeichnung verharren.

Breslau, den 14. Juli 1846.
Verwaltungs-Rath der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Das achromatische Sonnen-Mikroskop,

welches 400,000mal die Gegenstände vergrößert, ist täglich bei Sonnenschein von 9 Uhr Vormittags bis Nachmittags 5 Uhr zu sehen im Saale des Tempelgartens, Neue- Casse Nr. 8. Eintrittspreis 10 Sgr., Kinder unter 14 Jahren die Hälfte. Die Beschreibung mit 60 Figuren ist an der Kasse für 2 1/2 Sgr. zu erhalten.
Coulombier, aus Belgien.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere den 28ten d. M. vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns Freunden und Verwandten hiermit ergebenst anzuzeigen.

Breslau den 29. Juli 1846.

C. F. Theodor Hertel.

Elisa Hertel, geb. Bülow.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere eheliche Verbindung zeigen wir statt jeder Meldung, hiermit ganz ergebenst an.

Breslau den 30. Juli 1846.

W. v. Hirsch.

Gertrude v. Hirsch, geb. v. Aulock.

Todes-Anzeige.

Der Tod ereilte auch meinen letzten gelieb- ten Bruder Carl, Ingenieur und Reisender des Hauses Richard Hartmann in Chem- nitz, in seinem 43ten Lebensjahre, auf der Reise in Cottbus den 21ten d. M. Abends 10 Uhr plötzlich am Schlagfluß; tief erschüt- tert theile ich dies allen Verwandten und Freunden mit.

Priebrorn den 23. Juli 1846.

L. Pavaud.

Todes-Anzeige.

Den heute Nachmittags halb 4 Uhr, nach 18tägigem Krankenlager, am nervösen Fieber erfolgten Tod unserer innigst geliebten Tochter und Nichte Emma, zeigen tief betrübt allen unseren lieben Verwandten und Freun- den mit der Bitte um stille Theilnahme an die verwittw. Apotheker Bauschke.

Secretair Bauschke, als Onkel und Vormund.

Trachenberg den 29. Juli 1846.

Todes-Anzeige.

Heute früh um 1/4 auf 6 Uhr entschlief zu einem bessern Leben, nach großen und schwe- ren Leiden, an Leberverhärtung und Brust- wasserfluß unsere gute innig geliebte Gattin und Mutter, Anna Susanna Caroline Pa- nisch, geborne Chau, in einem Alter von 48 Jahren 7 Monaten und 27 Tagen. Dies statt einer besondern Meldung allen Verwandten und Freunden zur ergebensten Anzeige mit der Bitte um stille Theilnahme.

Klettendorf den 30. Juli 1846.

Carl Panisch, evangelischer Lehrer, nebst Kinder.

Theater-Repertoire.

Freitag den 31sten: Norma. Große lyrische Oper in 2 Aufzügen. Musik von Bellini. Sonnabend den 1. August: Der Ball zu Ellerbrunn. Lustspiel in 3 Akten von Karl Blum. Helwig v. d. Silben, Madame Waliner aus Wien, als Gast.

In Liebichs Garten,

heute, Freitag den 31. Juli:

großes Militairconcert

und Brillant-Beleuchtung des Gartens.

In Liebichs Garten,

Sonnabend den 1. August:

Akademische Liedertafel.

Berichtigung.

In No. 173 d. Zeitung Pag. 1645 Sp. 3. ist bei dem Verkauf einer ländlichen Besetzung vom Commissions-Comptoir des H. E. W. Heynemann & Comp. — in Schwid- nitz weggelassen.

Bekanntmachung.

Das Rittergut Seifersdorf im Ohlauer Kreise, abgeschätzt auf 61,443 Rthlr. 16 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserer Registratur einzuse- henden Tare soll

am 3. September d. J. Vormit- tags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt wer- den. Der dem Aufenthalt nach unbekannte Besitzer des Guts Rudolph Wilhelm Joseph Hoffmann wird hierzu öffentlich vorgeladen. Breslau den 20. Februar 1846.

Königl. Ober-Landes-Gericht. I. Senat.

Öffentliche Bekanntmachung.

Den unbekannten Gläubigern des am 11ten August 1844 hieselbst verstorbenen pensionir- ten Königl. Accise- und Consumtions-Steuer- Rassen-Controllen Benjamin Gottfried Leh- mann wird hierdurch die bevorstehende Thei- lung der Verlassenschaft bekannt gemacht, mit der Aufforderung, ihre Ansprüche binnen drei Monaten anzumelden, widrigenfalls sie damit nach §. 137 und folg. Tit. 17 Zbl. 1. Allg. Landrechts an jeden einzelnen Miterben, nach Verhältnis seines Erbtheils werden ver- wiesen werden.

Breslau den 14. Mai 1846.

Königl. Pupillen-Collegium.

Bekanntmachung.

Die Zinkeindeckung des Speichers auf der Wasserfläre, der Vordermühle gegenüber, des- gleichen die Anfertigung der Thüren und Fenster daselbst soll an Mindestforbende in termino

Dienstag den 4. August c., Nach- mittags 5 Uhr

auf dem rathhaußlichen Fürstensaale überge- ben werden. Cautionsfähige Klempner- und Tischlermeister werden aufgefordert, sich zur Licitation einzufinden, und wird bemerkt, daß die Bedingungen in unserer Dienersube aus- liegen.

Breslau den 26. Juli 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Gärtner Johann Przybilla zu Schalkowitz auf den Antrag seiner Ver- wandten für einen Verschwenker erklärt worden ist.

Kupp den 3. Juli 1846.

Königl. Land-Gericht.

Das Obst nebst Wein ist noch auf der Be- sichtigung No. 4 in Morgenau, im sogenannten Schloßchen, zu vermieten.

